

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auszshl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. November 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 126.

Zur Situation!

Mit dem Resultate der Tarifverhandlungen erklären sich im großen und ganzen einverstanden stark besuchte Bezirksversammlungen in Beuthen, Plauen i. V., Kassel, Finsterwalde und Dortmund; desgleichen die Mitgliedschaft in Webaern. Wenn verschiedene Versammlungen ihre Bedauern über die Verschlechterung ausdrückten, welche von den Maschinensehkollegen in Kauf genommen werden mußten, so wurde demgegenüber doch auch die besonders schwierige Situation gewürdigt, in der sich diesmal die Gesellenvertreter befinden. Rughafen und Darmstadt sind nicht befriedigt von den Abmachungen.

Anzufrieden oder ungerecht?

(Schluß.)

Ein Versammlungsbild: Der Referent spricht über das Ergebnis der Tarifrevision, schildert die Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen, erwähnt die von Verlegerseite vor und während der Beratungen rührig und geschickt betriebenen Einwirkungen und den bereiteten offenen Widerstand, erwähnt ihre erheblich weitergehenden Absichten, beleuchtet die in den Prinzipalansätzen gelegenen gewissen Verschlechterungen, verfehlt nicht darauf aufmerksam zu machen, daß namentlich von den Maschinensehern den Prinzipalen reichlich Material geliefert worden sei für ihre Anträge, bedauert auch, daß: in der Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht mehr zu erreichen war, weil auf einmal auf diesem und dem Lohngebiete nicht gleichmäßig viel zu erzielen ist, und weiter, daß die Konzessionen bei den Maschinensehern mit dem besten Willen nicht zu vermeiden waren, aber es seien ja auch einige Verbesserungen eingetauscht, zählt dann im einzelnen auf, was wir als Ergebnis zu buchen haben und wo wir nachgeben mußten, bezeichnet das Gesamtergebnis jedoch als befriedigend unter besonderer Hervorhebung der Neuregelung der Lohnzuschläge und erklärt die mit gutem Gewissen, daß seit dem Jahre 1873 die materiellen Errungenchaften noch nicht wieder so gute gewesen wären als diesmal. Starker, wenn nicht stürmischer Beifall „belohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten“.

Und nun die Diskussion! Der erste Redner nennt das materielle Ergebnis ganz minimal, mit den Feuerungsverhältnissen in gar keinem Einklang stehend; das Schlimmste aber: zwei Drittel der Kollegen gehen leer aus, weil nicht alle Gesellen die 10 Proz. erhalten, sondern nur die bis zu 3 Mk. über Minimum. Die Gesellen ständen sich nun eigentlich schlechter als 1907, da die Feuerungsverhältnisse bedeutend über das Erreichte hinausgingen. Die halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung sei der reine Hohn. So etwas müsse sich eine starke Organisation bieten lassen! Diesen mit dem nötigen Elan in den Saal geschmetterten Worten folgt ein Beifallsausbruch, der ebenso stark, wenn nicht noch stärker ist als der beim Referenten. Nun greift die „richtige“ Stimmung Platz. — Der zweite Diskussionsredner (ein Maschinenseher) fährt noch größeres Geschick auf: Seine Sparte habe diesmal die Zehne bezahlen müssen. So etwas wäre noch nicht dagewesen — Arbeitszeitverlängerung! Schämten müsse man sich vor den andern Gewerkschaften. Nur Verschlechterungen bringe der neue Tarif für die Maschinenseher. Das Arbeitslosenheer werde ins

Unangemessene anschwellen. Die Handseher würden es schon bald merken, was da in Berlin ausgeheckt sei. „Kollegen, einen solchen Tarif lehnen wir ab!“ Jetzt ist der Beifall entschieden am stärksten. — Hierauf ein Druckerkollege: Auch er wettet gegen das Ergebnis. Wo man hinsähe, überall Verböserungen. Die materiellen Zugeständnisse würden mehr als ausreichend durch die gemachten Konzessionen aufgewogen. Es sei weit mit dem Verbands gekommen. Auch dieser Redner findet lebhafteste Zustimmung. — Nun kommt ein andres Bild: Ein Kollege verteidigt den neuen Tarif, macht auf alle Hindernisse und Widernisse aufmerksam. Die Maschinenseher müßten im Interesse der Allgemeinheit auch einmal ein Opfer bringen — hier steigert sich die gleich bei ihm einsetzende Unruhe —, aber wir müßten sehen; das nächste Mal besser dazustehen, manches dürfe nicht wieder vorkommen. Wenn so gearbeitet werde, dann käme es 1916 auch anders. Trotzdem Unruhe während dieser Ausführungen geherrscht und mehrfach sich energischer Widerspruch geltend machte, finden sie am Schlusse starken Beifall. — Alsdann folgt ein Kollege, der in lebhaften Gesten gegen den neuen Tarif spricht, das Ergebnis für die Maschinenseher in den schärfsten Worten geißelt und zum Schluß pathetisch ausruft: „So wir nicht ein größeres Mitbestimmungsrecht haben, wird es nicht besser. Das müßte das nächste Ziel sein.“ — Als er geendet, Donner der Saal nur so von Beifall. — Hierauf versuchen zwei weitere Redner: mit vielen Wenn und Aber für das materielle Resultat mehr Zustimmung zu machen. Die Versammlung hört das mit steigender Unruhe an. — Zum Schluß tritt ein Kollege das Podium, um alles in Grund und Boden zu verdonnern. Die leidige Tarifpolitik sei an allen schuld. Mit dem Verbandsvorstande müsse einmal Deutsch geredet werden. Von dem „Korr.“ habe man nicht mehr gewußt, ob er ein Unternehmerorgan oder ein Gewerkschaftsblatt sei. Es sei einfach ein Skandal, wie der „Korr.“ vor den Tarifverhandlungen flau gemacht habe. Mit dieser Redaktion werde energischer Abrechnung gehalten werden müssen. Daß dieser Redner geradezu frenetischen Beifall findet, versteht sich am Rande, und daß seine gepfefferte, mit irrigen Behauptungen und derben Ausfällen gespickte Resolution nahezu einstimmig angenommen wird, braucht nach dem ganzen Verlaufe, den die Versammlung genommen, und an dem das mit steigendem Widerspruch aufgenommene Schlußwort des Referenten auch nichts zu ändern vermag, nicht zu verwundern.

Die Versammlung ist aus. Auch einer denkt noch einmal über alles nach, und als dann aus den weiteren Nummern des Verbandsorgans ihm doch verschiedenes anders erscheint, aus gar nicht wenigen Druckorten auch ganz entgegengelegte Berichte kommen, wird doch vielen etwas unbehaglich zumute. Am Kasten und an der Maschine werden nun schon andre Meinungen laut. Die Unentwegten aber beharren eigeninnig auf ihrem Standpunkte, bis denn auch sie mehr und mehr gewahrt werden, daß man doch zu vorschnell und manchmal auch zu ungerecht geurteilt hat. Wenn sie mit einem Funktionär zusammenkommen, zeigen sie sich zwar noch krazbürtig; aber es ist zu merken, so recht ernst ist es ihnen nicht mehr damit. Wehe denn, der sie an ihre früheren Äußerungen erinnert!

Davon wollen sie nichts wissen, sind sie doch inzwischen in das normale Stadium der Unzufriedenheit zurückgetreten. Die bessere Erkenntnis hat sich Bahn gebrochen — nach fünf Jahren aber geht derselbe Spektakel von neuem los!

So ungefähr ist das Bild, was jene Versammlungen bieten, über die im „Korr.“ die Berichte erscheinen, die man im Interesse des Ansehens unsrer Organisation lebhaft bedauern muß. Gott sei Dank sind sie in der Minderheit, aber ihrer sind es immer noch zu viele. In den Maschinenseherversammlungen geht es am schlimmsten her. Was aber Mitgliedschaften wie Frankfurt a. M., Hamburg, Berlin, München und vor allen Dingen Stuttgart — danebenher freilich auch eine ganze Anzahl kleinerer Druckorte — fertiggebracht haben, läßt die verantwortlichen Organe berechtigte Klage erheben über die Kurzsichtigkeit und auch über den Mangel an Objektivität in unsern Reihen. Zuweilen sind egoistische, hier und da aber auch noch andre Motive die Triebfeder zu einer Opposition, die den Rahmen der Sachlichkeit mitunter weit überschreitet.

In dieser Nummer bringen wir das Urteil des „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission über den Tarifabschluß in einem größeren Auszuge, die Stimmen einer größeren Zahl von Gewerkschaftsblättern, die sich ebenfalls fast ausnahmslos günstig ausdrücken, haben wir schon vorausgeschickt. Daraus mögen diejenigen lernen, die mit Emphase ausrufen, mit dem neuen Tarife könnten die Buchdrucker nicht vor den andern Gewerkschaften bestehen. Wir beneiden niemand von den lauten Rufern im Streite gegen den diesmaligen Tarifabschluß um die große Enttäuschung, die sich für sie aus dem Urteile der Gewerkschaftspressen ergibt! Unser Wunsch, die Gesellenvertreter hätten um der für einen Teil der Maschinenseher gemachten Hauptkonzession willen nicht die Verantwortung für einen Kampf auf der ganzen Linie auf sich nehmen können, nachdem die anderweitigen Zugeständnisse überwiegend befriedigend ausgefallen waren, hat nicht nur in dem Zentralorgane der freien Gewerkschaften, nicht nur in deren Blättern, sondern sogar in der „Leipziger Volkszeitung“ Bestätigung gefunden. Sind denn all diese Bedenken wegen der großen, uns von der Maschine drohenden Gefahr so ganz wertlos? Haben nicht auch andre Leute — wir wollen von der Gesellenvertretung, von der Gauvorsteherkonferenz, von der Verbandsleitung und unser eigen Überzeugung ganz absehen — für diese große Schwierigkeit Verständnis, oder ist dies ausschließliches Vorrecht der oppositionellen Mitglieder, der Maschinenseher und zum Teil auch der Drucker?

Wer noch immer nicht glauben will, daß auf der Gegenseite der Kampf um die Maschine im weiten Maße vorbereitet war und alles auf des Messers Schneide stand, der höre, was der „Zeitungsverlag“ nach den Berliner Tagen schrieb:

Wäre es anders gekommen, so würden die Ereignisse die Zeitungsverleger allerdings nicht unvorbereitet getroffen haben; aber es ist im Interesse der Wohlfahrt und des Gedeihens unsres Gewerbes doch als ein nicht zu unterschätzender Erfolg anzusehen, daß die Waffen, die in langer und erst Arbeit geschmiedet worden sind, nicht erprobt zu werden brauchten.

Es war also bitterer Ernst! Wir haben Gelegenheit gehabt, kennen zu lernen, daß da nicht bloße Worte gemacht werden und sind auch ganz genau über die umfassende, nicht allein auf die Herstellung der Zeitungen sich beziehende Art dieser Vorbereitungen informiert. Dem Einwande, daß bei einem solchen Organisationsverhältnis eine Gewerkschaft wie wir doch frohgemut in den Kampf ziehen könne, möchten wir mit dem andern Einwande begegnen, daß es in erster Linie auf das Kampfobjekt ankommt. Und dieses wäre bei uns die bevorzugte Ausnahmestellung eines kleinen Teils der Berufsgeoffenen gewesen, für die man in andern Unternehmerkreisen gar kein und in den andern Arbeiterkreisen nur wenig Verständnis hat. Der Ausgang der allgemeinen Buchdruckerstreiks in Finnland und Schweden hat uns gezeigt, was trotz einer gleich großen oder noch höheren Prozentziffer der Organisierten an Positionen für die Maschinen-seher verloren gehen kann. Der vorunglückte Pariser Maschinenseherstreik hat noch weit schlimmere Folgen gezeigt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dem Momente vor den Tarifverhandlungen, von denen nach den Prinzipalsanträgen wie der ganzen von den Scharfmachern bewirkten Strömung für die Maschinenseher Beschränkungen sich aufdrängen mußten, die Leipziger Rekordseheri möglich sein konnte, an der nicht nur Instrukteure, sondern auch praktische, dem Verband und ihrer Sparte angehörende Maschinenseher beteiligt waren, dann legt es sich auch auf den größten Optimismus wie ein starker Raufreif . . .

Sind denn die Kassandraruhe der Maschinen-seher wirklich am Platze? Und ist es, nachdem es der Stärke und Kraft der Organisation, mehr aber noch dem energischen Auftreten der Gehilfenunterhändler gelungen ist, Schlimmeres von den Maschinensehern abzuwenden, nicht frevelhaft, wenn in der Frankfurter Versammlung am 23. Oktober die Maschinenseher mit dem Gedankens einer Absonderung von dem Verband operierten? Hat man denn in etlichen Maschinenseherkreisen gar kein Verständnis dafür, daß sie ihre Sonderstellung nur der Allgemeinheit zu verdanken haben, und daß sie ohne diese ihre Hauptpositionen gar nicht halten könnten? Schon mit dem Gedanken einer Separation hätten die Maschinenseher den ersten Spatenstich zu ihrem Grabe getan!

Die Arbeitszeitverlängerung für die Maschinen-seher in Zeitungsbetrieben und damit ihre Gleichstellung mit den Werksehern, die doch eine halbe Stunde profitieren — zu den „nur Verschlechterungen“, die der Maschinenseherartikeln bringen soll, eine hübsche Ironie! — ist noch eine mehr oder weniger offene Frage. Die ganze Arbeitsweise ist jetzt minutiös der Fertigstellung der Zeitung angepaßt, Änderungen in der Zeiteinteilung nimmt man in Zeitungsbetrieben nicht gern vor. Wir glauben also — und wünschen es noch in besonderem — daß man möglichst die bisherige Arbeitszeit beibehalten wird. Wo das nicht der Fall sein sollte, wird eine volle halbe Stunde für das Ruhen wohl nicht verlangt werden, wenn es eben schneller zu erledigen ist. Und das soll doch wohl die Regel sein, auch ist ja jetzt schon außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit gepußt worden. Mit dem Berechnen wird sich am wenigsten ändern, denn selbst die Prinzipale gaben in den Tarifauschüßsungen zu, daß es für die Zeitungsarbeit keinen Zweck hätte. Bleiben also noch die erhöhten Leistungen. Wenn man sich jedoch in den Kreisen der Zeitungs-maschinenseher umhört, dann begegnet man der Ausernung, daß nicht selten Manuskriptfloodungen eintreten, von einer gleichmäßigen Arbeit also nicht gesprochen werden kann. Dadurch reduzieren sich auch die durchschnittlichen Stundenleistungen. Was diese Seite der Opposition der Maschinenseher anbelangt, so sind ja, wie in dem aus gut informierter Quelle stammenden „Veritas“-Artikel in Nr. 121 ebenfalls hervor-gehoben wird, die Maschinenseher an der Veränderung der Dinge nicht so schuldlos. Die „Zeitschrift“ schreibt angesichts der Erregung in den Maschinenseherkreisen:

Von der Einführung des Berechnens werden sie sich kaum beschwert fühlen, denn das Berechnen ist die ge-

rechteste Entlohnungsweise. Was aber über die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung und der Einführung des Berechnens an Sechsmaschinen bezüglich gesteigerter Arbeitslosigkeit gesagt wird, ist zweifellos übertrieben. Im Zeitungsbetriebe wird sie überhaupt nicht in die Erscheinung treten, weil hier genau genommen so gut wie nichts an den bestehenden Verhältnissen geändert wird.

Also man warte doch erst ab, was wird, und über-seehe nicht auch das Gute und das — was ver-hindert worden ist! Wir könnten noch so manches hierzu sagen, wollen es aber lassen, bis der Artikel über den Sechsmaschinenartikeln vollendet werden kann. Was das „Korrespondenzblatt“ über die Möglich-keit der Vermehrung der Sechsmaschinen schreibt, und welche Bedeutung die halbstündige Arbeitszeit-verkürzung an diesen dann bekommt, das ist jeden-falls beachtlich. Wenn die Arbeitslosigkeit infolge dieser neuen Bestimmungen wirklich größer werden sollte, sind dann nicht durch die Fortschritte bei den Aushilfskonditionen, bei der Überstundenbezah-lung (gerade hier wird durch die eintretende Bet-teuerung von der dritten Stunde an sowie durch die Ruhepause wohl eine gute Milderung ein-treten, speziell bei den Druckern) sowie in der Behr-lingskala Sicherheitsventile von nicht zu unter-schätzender Bedeutung geschaffen worden? Das sieht man jedoch alles nicht ein, und am unzugänglichsten zeigen sich die Maschinen-sehervereinigungen, die sich nicht selten in geradezu empörenden Ungerechtigkeiten ergehen. Man denke doch nicht, daß Deutschland mit seiner künst-lichen Arbeitszeit an den Sechsmaschinen nun am schlechtesten dasteht. Es gibt Analogons, auch dafür, daß vom zweiten Jahr an höhere Leistungen vorgeschrieben sind. Gewiß, auch wir empfinden es nach, wenn man eine halbe Stunde länger arbeiten soll, aber das kommt auch sonst vor und bedeutet dann kein im Interesse der Allgemeinheit gebrachtes Opfer. So hat die in dem ersten Artikel mit dem genutzenden Vermerk über die Stuttgarter Ver-sammlungen: „Endlich hat die steigende Be-lebung der Arbeiteraristokratie Deutschlands auch in sie den Geist des Kampfes einziehen lassen“, er-wähnte „Freie Volkszeitung“ in Göppingen am Tage des Erscheinens dieser konfusem Notiz mit dem Achtstundentage Schluß gemacht und dafür die 8 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Ob man sich in diesem Parteigefächte verfaßuliert hat und darum diese Verschlechterung bestehender Arbeitsverhält-nisse vornahm, wissen wir nicht; Tatsache ist dieser Vorfall.

Wie kolossal man in Stuttgart mit der Be-urteilung der Druckerbestimmungen vorbeigekauert hat, dürfte für die betreffenden Kritiker inzwischen aus dem sehr auffällenden Artikel des Kollegen Hoyer in Nr. 124 hervorgegangen sein. Und so etwas konnte dort sogar am grünen Holze passieren! Auch in andern Orten wird wohl eine andre Meinung Platz gegriffen haben.

Über die Regelung der Vertrauensmännerfrage ist in einer Anzahl von Versammlungen auch in Entrüstung gemacht worden. Auch in diesem Punkte finden wir das „Korrespondenzblatt“ mit uns einer Ansicht. Daß in den ausländischen Buchdrucker-organisationen schon ähnliche Bestimmungen gelten, wollen wir an folgendem Auszuge aus dem un-garischen Tarife zeigen:

Der Vertrauensmann ist in aus dem Arbeitsverhält-nisse sich ergebenden Angelegenheiten das gemein-same Vertrauensorgan des Arbeitgebers und des Personals und als solches berufen, den Versuch der Schlichtung der zwischen dem Prinzipal und dem Personal auftauchenden Gegensätze zu unternehmen sowie zur Aufrechterhaltung des wünschenswerten Binde-mittels zu dienen.

Das Personal wählt aus der Mitte derjenigen fachtechnischen Arbeiter, die mindestens ein Jahr in der Druckerei beschäftigt sind, abteilungsweise einen Vertrauensmann. In Druckereien, in welchen der Gesamtstatus — inbegriffen die Arbeiterinnen und auch die Hilfsarbeiter — aus 11 bis 20 Arbeitern besteht, können insgesamt bloß zwei Vertrauensmänner; dort, wo der Gesamtstatus die Zahl 10 nicht übersteigt, bloß ein Vertrauensmann gewählt werden. Insofern in der Druckerei, in welcher ein Vertrauensmann zu wählen ist, kein solcher Gehilfe in Arbeit steht, der mindestens ein Jahr im Geschäft ist, kann auch ein solcher gewählt werden, der kürzere Zeit dort kondi-tioniert.

Der Vertrauensmann ist verhalten, dafür zu sorgen, daß der Betrieb in allen vorkommenden Fällen bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ungestört und ohne ins Stocken zu geraten fortgesetzt wird.

Der Vertrauensmann hat kein Verfügungsrecht. Wenn der Vertrauensmann im Rahmen des in diesem Tarif umschriebenen Wirkungsbereiches zugunsten welcher Partei immer einen Mißbrauch oder trotz Auf-merksammachens ein schweres Verstoßnis begeht, kann er durch das Schiedsgericht auf eine bestimmte Zeit von seiner Vertrauensstelle entbunden werden. Gleich-falls in die Kompetenz des Schiedsgerichts gehört es, wenn der Fall der Maßregelung des Vertrauens-mannes zu obwalten scheint.

Ist das nicht geschupft wie gesprungen?

Hier wollen wir nun gleich das größere Mit-bestimmungsrecht berühren, das jetzt wieder zum Selbstgeheim wird, obwohl man auf der General-versammlung in Hannover nach reiflicher Aussprache zu der Ansicht kam, daß eine Änderung in der ge-wünschten Weise nicht möglich ist. Um unsern Kol-legen nun einmal mit der Rehrseite der Medaille bekannt zu machen, zitieren wir die „Zeitschrift“ mit einer bemerkenswerten Auslassung:

Da dieses Mitbestimmungsrecht kein einseitiges sein kann, sondern auch den Prinzipalen zu gewähren wäre, so darf man wohl sagen: Die Einführung des Mit-bestimmungsrechts wäre gleichbedeutend mit der jedesmaligen gegenseitigen Ablehnung der Tarifaus-schüßbeschlüsse und damit dem Ende der Tarifgemeinschaft. Denn daß sich auch auf Prinzipalseite sehr leicht eine Mehrheit gegen die Tarifabschlüsse finden kann, dürfte jedem begreiflich erscheinen, der weiß, wie oberflächlich und wie egoistisch über Dinge urteilt wird, von denen man persönlich berührt wird und doch keine Ver-antwortung trägt bezüglich ihrer Wirkung auf das Gesamtgewerbe.

Die Gehilfenleitung könnte es nur begrüßen, wenn sie die Verantwortung für sich zu verringern oder mehr zu verteilen in der Lage wäre. Aber nach dem Durcheinander in den Anträgen und den ebenso großen Widersprüchen in der Aufnahme der Beschlüsse sehen wir keinen gangbareren Weg als den jetzigen. Was die „Zeitschrift“ schreibt, ist zu-treffend; der Effekt wäre der, daß die Prinzipale den Tarif ablehnen, während sich auf der Gehilfen-seite schließlich doch noch eine Mehrheit für den Tarif finden könnte. Und selbst den umgekehrten Fall angenommen, was wäre erreicht mit dem diese gepriesenen größeren Mitbestimmungsrechte? Man hat das ja bei dem gegenwärtigen Maschinenseherartikeln in der Schweiz erlebt, der nachher in nicht besserer Gestalt, aber erst lange Zeit später, als es mög-lich gewesen wäre, in Kraft gesetzt werden konnte. Beschwören wir doch nicht noch größere Schwierig-keiten herauf!

Der große moralische Erfolg über den Guten-bergbund wird überhaupt nicht gebürdigt in den Versammlungen. Man vergißt vor purer Unzu-friedenheit diesen gewiß nicht unwesentlichen Punkt auch in den Orten, wo noch auf den Kreisversammlungen vor den Tarifberatungen darüber alles sehr scharf war.

Mit dem tatsächlichen bedeutsamen Fortschritt in der Sozialzuschlagsfrage verhält es sich ebenso. 47 Proz. der Gehilfen erhalten dadurch eine 12 1/2-prozentige Lohnerhöhung, also genau das, was von uns allgemein gefordert worden war. Eine ganze Reihe von Druckorten, die überhaupt keinen Sozial-zuschlag oder keine Erhöhung gefordert hatten, haben durch diese Neuordnung nun eine Aufbesserung erfahren.

Die Beschränkung der Anwendung der Aus-nahmestimmungen und der Beschluß, sie mit der Zeit mehr und mehr aufzuheben — ein lang-gehegter Wunsch der kleineren Druckorte —, alles sieht man nicht vor lauter Maschinensehersehmerzen und um der Höherbegabten willen.

Was gerade in dieser Beziehung geleistet wird, übersteigt fast noch das 1906 Dagewesene, obwohl doch die schlechten Erfahrungen, die vereinzelt gemacht sind, auf keinen Fall zu so allgemeinen Beschränkungen Anlaß geben können. Wir weisen zunächst einmal darauf hin, daß von 1873 bis 1901 es nicht üblich war, auch die überminimalen Löhne mit der tariflichen Aufbesserung zu bedenken. Die meisten Gehilfen erhielten nur das Minimum und die andern bekamen dann sowieso die heraus-springende Zulage. Im Gegensatz zu der Behauptung, daß das Minimum zum Maximum wird, was bei der

von unserm Gewerbe genommenen großen Ausdehnung und der sonstigen Veränderung der Dinge ja nicht unbedingt ausgeschlossen wäre, ist aber die Entwicklung der Löhne gegangen, so daß wir jetzt 61,5 Proz. Höherbezahlte haben. Wir haben schon geschildert, welchen Eindruck es macht, vor den Tarifverhandlungen immer das Minimumgeschrei zu hören, nachher aber die Klage, daß zwei Drittel der Gehilfen leer ausgehen resp. „auf die Gnade der Prinzipale angewiesen“ sind. Die Konsequenz dieser Kritik wäre, Maximallöhne einzuführen, alles, wie in den meisten andern Gewerben, also über einen Reisten zu schlagen. Dann würde eine zehnprozentige Lohnerhöhung allerdings alle gleichmäßig treffen, die Kollegen wären aber bei Maximallöhnen entschieden im Nachteil, denn diese würden doch nach unten nivellieren. Die Lohnabelle in der Tarifamtsstatistik würde dann ein andres Aussehen haben! Warum nehmen nur die Kritiker diese nicht einmal in die Hand, ehe sie in den Versammlungen oft alles Mögliche über diesen Punkt zusammenreden. Wir haben ausgerechnet, daß unter Einbeziehung der berechnenden Handfeger 45 120 Seher, Drucker, Schweizerdegen, Korrektoren, Maschinenfeger, Stereotypenre und Galvanoplastiker unter die Sollvorschrift der zehnprozentigen Lohnerhöhung fallen, denn so viel bekommen bis zu 3 Mk. über das Minimum resp. das Minimum. Bei den letztgenannten drei Gruppen sind die Löhne in der Tarifamtsstatistik nach einem andern Modus zusammengestellt, wir haben daher nur den Durchschnitt der ersten drei Berufsarten für die Zwischenstufe vom Minimum bis zu 3 Mk. für sie in Ansatz gebracht, was jedoch bei der im allgemeinen besseren Bezahlung dieser Spezialzweige zu niedrig sein dürfte. Bringt man den geringen Prozentsatz der in der Tarifamtsstatistik als untarifmäßig Bezahlten in Abrechnung, so haben mindestens 75 Proz. aller Gehilfen tariflichen Anspruch auf die zehnprozentige Lohnerhöhung! Das sieht denn doch etwas anders aus als die so vielfach zu hörenden Behauptungen vom dem Verwaschen. Also nicht ganz ein Viertel der Gehilfenschaft würde auf die „durch den Weg“ der Empfehlung durch den Deutschen Buchdruckerverein erfolgenden Lohnerhöhungen angewiesen sein, darunter auch die meisten der in den sozialdemokratischen Betrieben beschäftigten zahlreichen Gehilfen, die wohl ohne weiteres die 10 Proz. erhalten werden. Dadurch verringert sich der verbleibende Teil ganz wesentlich. Der Rest der Gehilfen wird aber zufolge loyaler Befolgung der zu erlassenden Empfehlung wie durch ihre technische Überlegenheit auch eine angemessene Zulage erhalten. Das eine bedingt doch das andre für die leistungsfähigeren oder die besondere Posten einnehmenden Gehilfen. Übrigens: Die Loyalität, die von beiden Tarifparteien vorausgesetzt wird, darf auch in diesem Falle kein leerer Wahn sein; das möchten wir den Prinzipalen, die vor fünf oder zehn Jahren vielleicht Anlaß zu weiterer Unzufriedenheit gegeben haben, noch besonders nahelegen.

Und nun die ollen Kamellen von der tadelnswerten, nicht genügend forschenden Schreibweise des „Korr.“! Es geht aber nicht so, wie Kollege Kotte in der Berliner Resolution zum Ausdruck bringt. Die Gehilfenleitung und das Gehilfenorgan müssen eine entschiedene Lohnpolitik und eine gesunde Gewerkepolitik gleichmäßig betreiben. Die eine ist nicht ohne die andre denkbar; wenn ein Gewerbe in seiner Ertragsfähigkeit durch die Schmutzkonkurrenz zugrunde gerichtet wird, haben auch die Arbeiter den Schaden davon. Das ist doch eine Binsenwahrheit.

Was hat man nicht früher und was nicht 1906 gegen den „Korr.“ ins Feld geführt! Nur zwei Proben aus den heißen Tagen vor fünf Jahren: Die Haltung unsers Verbandsorgans fordert es geradezu heraus, daß ein offenes Wort gesprochen wird, ehe vielleicht Lausheit, Schwachheit und Verzagttheit dazu beitragen könnten, der Gehilfenschaft das Fell noch kräftiger über die Ohren zu ziehen, als dies bis jetzt geschehen ist.

Die zweite ist auch nicht übel:

Daß das Vorhandensein einer Gewerkschaftsbureaucratie und -aristokratie innerhalb der deutschen Gewerkschaften nicht gelehrt werden kann, zeigt uns so recht wieder einmal das ganze Verhalten unsrer „Korr.“-Redaktion während der Tarifbewegung usw.

Duende von Beispielen könnten wir noch anführen. Und was auch getan wird und geschieht, und wenn selbst vor fünf Monaten der Redaktion einstimmig — pardon gegen eine Stimme — das Vertrauen ausgesprochen wurde, ist eine Tarifrevision da, dann kommt doch jede Redaktion unter den Schlitten. Man könnte sich nur salbieren, wenn man die Fahne der Opposition ergreift und die starken Worte in den Versammlungen noch durch kräftigere Phrasen im „Korr.“ zu übertrumpfen bemüht sein würde. Eine solche Erschütterung hat unsre Organisation — 1896 — einmal durchgemacht, die damalige Redaktion kam aber dabei erst recht unter die Räder. Unsrer Überzeugung und das Verbandsinteresse bewahren uns vor einem gleichen Schritte. Wir können unser Tun und Handeln besser und mit ruhigerem Gewissen vertreten als die uns jetzt Angreifenden und Schmähenden — siehe Stuttgart — ihre Anklagen. Selbst in der Stuttgarter Versammlung mußte ein Maschinenseher zugeben, daß über diesen Spezialberuf „sehr viel Material“ veröffentlicht worden ist. Wir sagen nicht, daß das alles von der Redaktion stammt, denn wir können uns nicht detailliert mit den Angelegenheiten der einzelnen Sparten befassen, sondern haben in erster Linie die allgemeinen Interessen wahrzunehmen. Aber was irgend an Brauchbarem uns zu Gesicht kam oder eingefandt wurde, haben wir gern bearbeitet oder veröffentlicht.

Nachdem wir uns solchermaßen schon erleichtert haben, bleibt über die Stuttgarter Versammlung nicht allzuviel zu sagen. Wir haben von verschiedenen Seiten, nicht von Funktionären, darüber informierende Mitteilungen erhalten, da aber über diese zum Teil haarsträubenden Ausführungen in dem uns zugegangenen Berichte wenig enthalten ist — das Wenige genügt aber schon zur Illustrierung des Niveaus dieser beiden Versammlungen —, so bescheiden wir uns mit der Bemerkung, daß schlimmer, wie es von verschiedenen Rednern in Stuttgart getrieben worden ist; auch in den Berliner Versammlungen bei dem Scheitern der Organisation; ihre Leitung, das „Organ“; die Tarifgemeinschaft und die Gehilfenvertreter nicht herabgewürdigt resp. direkt heruntergerissen wurden. An dem Kollegen Knie, der jahrzehntlang seine Kräfte der Organisation gewidmet hat, dem an dem Zustandekommen des ersten Maschinensehertarifs ein ganz hervorragendes Verdienst gebührt — heute nehmen freilich die Maschinenseher alles für sich in Anspruch, was jedoch den Tatsachen keineswegs entspricht —, ihn hat man in einer Weise behandelt, die gerechte Entrüstung hervorruft.

Es ist auf das tiefste zu bebauern, wenn man den Kollegen Blinzig von den „durch die Bureaucratie versumpften Gehilfenvertretern“ sprechen hört, denselben Blinzig, der die Verantwortung für einen eventuellen Streik aber nicht übernehmen wollte; auch andre nicht von den sich in veritabler Scharfmacherei übenden Rednern. Ist das noch Kritik oder traurige Schimpferei, die das schärfste Urteil herausfordert? Wegen seiner schlimmsten Äußerung aber müßte Blinzig eigentlich öffentlich gestrauft werden, denn so etwas gehört an den Pranger.

Kollege Blinzig, der aus dem Rahmen einer sachlichen Kritik gern heraustritt und, wie sein Auftreten in der Stuttgarter Versammlung am 5. Juni es beweist, wo er wegen eines ordnungsgemäßen Beschlusses über die Verwendung des Restvermögens der früheren württembergischen Invalidenkasse zum Rade zu laufen drohte, was allgemeine Entrüstung hervorrief, entwickelt sich zu einem Gewohnheitsquerulanten, der gar keine Rücksichten mehr kennt. Wenn er alle fünf Jahre seinen Naptus in immer potenziertem Maße bekommt, dann muß man ihn schon einmal in die Schranken einer objektiven Kritik zurückweisen. Wenn er auch die Redaktion in seiner Philippika nicht vergessen hat, so trösten wir uns damit, daß er schon vor zehn Jahren mit dem „Korr.“ und allem sehr unzufrieden war, so daß Kollege Reyhäuser sich veranlaßt sah, ihn mörderlich zusammenzustachen. Vor fünf Jahren stand August Blinzig ebenfalls „seinen Mann“. Und jetzt überkommt ihn ein

anderer Koller: er stellt die Redaktion als unfähig hin und überläßt ihr und den Gehilfenvertretern die Verantwortung für den neuen Tarif. Das sind zwei Fliegen mit einer Klappe. Blinzig muß wohl schon den Gehilfenvertretern den Tarifabschluß überlassen, denn das sind sich ihrer Verantwortung bewußte Männer, er kann aber nicht einmal das verantworten — wenigstens vor rechtlich denkenden Kollegen nicht —, was er in diesen Versammlungen alles an Gift und Galle verspielt hat. Vor uns liegt ein von ihm vor zehn Jahren geschriebener, als Erwiderung gegen den Kollegen Reyhäuser gerichteter Artikel im Manuskript, wenn wir uns das aber betrachten, dann gibt es nur einen Schluß: August Blinzig ist nicht der Mann, der der Redaktion die Befähigung absprechen kann!

Daß von demselben Mitgliede, das im Juni zum Berichte laufen und den Gauvorstand verklagen wollte, in der zweiten Versammlung eine von ihm schon acht Tage zuvor eingebrachte Resolution — sie ist in der vorigen Nummer zu finden — unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen werden konnte, erbringt den besten Beweis für die Notwendigkeit des mit diesen beiden Artikeln bezweckten Appells, Einsicht zu halten. Acht Tage waren ins Land gegangen, weitere Aufklärung gegeben, aber nichts hatte gesfruchtet, diese Resolution mußte angenommen werden! Das ist nicht mehr der Ausdruck der Unzufriedenheit, das ist ungerecht gegen die Gehilfenvertretung, ungerecht gegen die Organisation und ungerecht gegen das eigne Interesse. Deshalb mehr Selbsterkenntnis, mehr klaren Blick über die wirklichen Verhältnisse und das Mögliche, ruhigere Beurteilung des Erreichten, und wenn kritisiert wird oder kritisiert werden muß, dann wenigstens gerecht!

Die Presse über den neuen Tarif.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission kommt in seiner Nummer vom 28. Oktober nun auch auf unsre Tarifrevision zu sprechen und widmet ihr den bis jetzt umfangreichsten Artikel in der Gewerkschaftspresse. Wir denken unsern Kollegen für allgemeine einen Dienst zu erweisen wie den unter allen Umständen kritisch bedürftigen und dem nun einmal voreingekommenen Zeile die bessere Erkenntnis zu erleichtern, wenn wir das Urteil des gewerkschaftlichen Zentralorgans in großen Zügen wiedergeben. Das „Korrespondenzblatt“ konstatiert zunächst, die Gewerkschaftspresse habe anerkannt, daß die diesmalige Tarifrevision als Ganzes betrachtet einen guten Erfolg darstelle. Die politische Arbeiterpresse hätte das Ergebnis in ruhiger Weise besprochen und größtenteils die Errungenschaften anerkannt. Dann heißt es wörtlich:

Daß eine solche bedeutsame Regelung der Arbeitsverhältnisse für das ganze Reich nicht ohne Konzessionen auch der Arbeiter abgeht, darüber bedarf es keiner langen Auseinandersetzungen. Eine jede Aktion, ob politischer oder gewerkschaftlicher Art, findet ihre natürliche Grenze an dem zurzeit Möglichen. Sonst würde man ja auch von einer „Sisyphusarbeit“ der politischen Aktion reden können, weil sie die wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen, die Gewerkschaftsaktion hemmenden Lebensmittelveruerung nicht verhindern konnte. Das fällt natürlich keinem vernünftigen Menschen ein, weil er weiß, daß der Erfolg politischer Aktionen ebenso von den Verhältnissen abhängig ist wie die Gewerkschaftsaktion.

Nachdem die einzelnen Bewilligungen bei den Lohnpositionen Aufschlag gefunden, wird gesagt, das sei „zweifellos ein materieller Erfolg, der in allen Gewerkschaftskreisen mit Befriedigung aufgenommen werden dürfte“. Wir haben es ja schon in den Organen der übrigen Gewerkschaften gelesen, daß dieser Punkt sehr günstig beurteilt wird; um so bedauerlicher aber, daß in unsern Kreisen die Resonanz, daß die materiellen Zugeständnisse mit der Teuerung in gar keinem Verhältnisse stehen, weitergehen. Es scheint fast, als ob in anderen Arbeiterkreisen ein besseres Urteilsvermögen herrscht. Was das „Korrespondenzblatt“ so dann über die Verkürzung der Arbeitszeit schreibt, dürfte jedenfalls viel zur Klärung beitragen, weil es ja einmal so ist, daß der Prophet — der „Korr.“ — in seinem Vaterlande nichts gilt. Lassen wir also das „Korrespondenzblatt“ sprechen:

Bei der Beurteilung der weiteren Ergebnisse muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtige Lebensmittelteuerung die Gehilfenvertreter zwang, in erster Linie einen Lohnausgleich für ihre Mandatgeber zu erringen. Daher konnte auf die Verkürzung der Arbeitszeit nicht das Gewicht gelegt werden, als es unter günstigeren Verhältnissen möglich wäre. Eine Verkürzung der Arbeitszeit hat immer die Beibehaltung des bisherigen Lohnes zur Voraussetzung, soll nicht eine materielle Verschlechterung der Arbeiterlage eintreten. Es ist klar, daß es nicht möglich sein konnte, diesmal

Bei wesentlicher Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung über den bisherigen Lohn hinaus in der jetzt zugestandenen Höhe zu erzielen. Da aber die Lebensmittelsteuer eine solche Erhöhung der Lohnpositionen gebietet forderte, mußten sich die Gehilfenvertreter mit der Festlegung der 53 stündigen Arbeitswoche zufrieden geben; das bedeutet zwar eine nur minimale Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde wöchentlich. Aber die 53 stündige Arbeitswoche gilt für das ganze Reich, so daß die Buchdrucker auch jetzt noch bezüglich der Arbeitszeit mit an der Spitze der deutschen Arbeiter marschieren.

Ob man auch dem „Korrespondenzblatt“ Diebeswürdigkeiten wie: es suche alles zu beschönigen und zu verteidigen, man wisse schon nicht mehr, ob man ein Arbeiterorgan vor sich habe usw., widmen wird wie dem „Korr.“? Alsdann geht das „Korrespondenzblatt“ zu dem wichtigen Kapitel der Segmaschine über und sagt, hier hätte von Gehilfen Seite für die Zeitungsmaschinen eine Konzeption gemacht werden müssen, die den eigentlichen Grund zur Opposition bilde, und stellt dann, nachdem es konstatiert, daß für die Zeitungsmaschinen die Prinzipale eine halbe Stunde opfern mußten, fortgehend höchst interessante Betrachtungen über die mögliche Gestaltung der Dinge an:

Nun ist zwar die Zahl der Zeitungsmaschinen noch nicht groß. Allein ihre Zahl wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich erheblich zunehmen; bisher ist die Segmaschine hauptsächlich in Zeitungsbetriebe zur Einführung gelangt, aber sie beginnt langsam auch im Verlags Eingang zu finden. Eine voraussehende Politik der Gewerkschaft muß damit rechnen und schon heute entsprechende Vorkehrungen treffen. Darüber, daß nunmehr der Maschinenfabrik in Zeitungs- und Verlagsbetrieben gleich bewertet wird und gleiche Normen für beide geschaffen sind, wird man nicht gleichgültig hinweggehen dürfen, wenn man Erwerbschaften und Zugehörnisse richtig beurteilen will. Es wird sich in den kommenden Jahren bald herausstellen, ob die Segmaschine im Verlage die Verwendung findet, die man heute annehmen kann. Ist das der Fall, dann ist für diese Gruppe Maschinenfabrik bereits heute eine Arbeitszeit erreicht worden, die man später, wo die Gruppe größere Bedeutung erlangt haben wird, vielleicht nur mit andern Konzeptionen würde herauszuschlagen können.

Das ist ein Gesichtspunkt, den wir in dem aus zwingenden Gründen noch hinausgeschobenen weiteren Artikel über den Segmaschinentarif den Maschinenfabrikern auch zum Nachdenken empfehlen wollen. Da wir dazu also noch etwas auf dem Herzen haben, sei die zutreffende Ansicht des „Korrespondenzblatt“ einweisen angelegentlich empfohlen. Bezüglich des generellen Berechnens an der Segmaschine ist nach der Meinung des „Korrespondenzblatt“ viel Kritik ohne ausreichenden Grund geübt worden:

Wenn man die Zeitungsbetriebe, in denen doch alle Arbeiten mit besonderer Eile fertiggestellt werden müssen, für die Unternehmer also ein direkter Anreiz zur Anwendung des Berechnens bestände, von dieser Lohnmethode keinen größeren Gebrauch gemacht haben, dann erscheint die befürchtete Gefahr wirklich nicht so groß, als man sie vielfach sieht.

... Vor einer allgemeinen Einführung der Akkordarbeit an den Segmaschinen schließt sich die Sorge der Unternehmer um die Maschine, denn soll durch die Akkordarbeit mehr herausgeholt werden als bei Zeitarbeit, so geht das auf Kosten der Maschine. Die Praxis wird lehren, daß die Unternehmer sich viel mehr von dieser Bestimmung versprechen, als sie von ihrem Standpunkte wert ist.

Wir glauben, daß man außerhalb Leipzigs — und in Bleibenden auch nur in bestimmten Druckerien, wo das Thema „Leistung und Gegenleistung“ zur Tagesordnung geworden ist — nicht allzuviel von dem Berechnen an der Segmaschine merken wird. Das „Korrespondenzblatt“ bedauert gleichfalls, daß für die Maschinenfabrik einige Positionen preisgegeben werden mußten:

Allein, es darf nicht vergessen werden, daß der Verband auch bei der diesmaligen Tarifrevision die für die Arbeiter so wichtige Position gehalten hat, wonach gelehrte Buchdrucker allein das Recht auf die Segmaschine haben. Die Preisgabe dieser Position wird zwar ohne Kampf im Buchdruckgewerbe, so wird diese Bestimmung sicherlich sehr schwer gehalten werden. Für die Unternehmer dürften große Vorteile dabei nicht zu ernten sein, wenn sie an Stelle von gelehrten Schriftsetzern andre Arbeiter, seien es Schloffer oder gar Frauen, an der Segmaschine verwenden können. Aber für die Arbeiter bedeutet das auf alle Fälle ein schwerer Nachteil, weil sie aus ihrem erlernten Beruf herausgedrängt werden und der durch eine starke Organisation errungenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieses Berufs verlustig gehen. Man sollte in Buchdruckerkreisen dieses Moment etwas mehr berücksichtigen, als es in den großen Versammlungen, die alle fünf Jahre ihr Anathema über die Tarifrevision zu sprechen pflegen, geschieht. Ach ja, unsere Kollegen und in besonders die Spartenmitglieder hätten alle Ursache, statt mit möglichstem Schnel den Stab über den Tarif resp. die ungemünzten schließenden Spezialbestimmungen zu brechen — worin zuweilen die Vorstände noch mit schlechtem Beispiele vorangehen —, den Dingen mehr auf den Grund zu gehen. Die Verwertung dessen, was vorhanden ist, zeigt im allgemeinen von

nicht gerade richtiger oder voller Erfassung. Das „Korrespondenzblatt“ betont dann die Aufrechterhaltung der wertvollen Position eines 25prozentigen Lohnaufschlags für die Maschinenfabrik und den Erfolg, daß auch für Bedienung des Monotypsetzlers dieser Aufschlag zu zahlen ist. Auch die Zukunftszeit von nur zwei Arbeitstagen findet in diesem Sinn Erwähnung. Und bei uns? Nun, da hat die Tarifrevision den Maschinenfabrikern nur Verschlechterungen gebracht! So kurzfristig und nicht unzufrieden mehr, sondern direkt ungerecht wird in der großen Mehrzahl der Maschinenfabrikerversammlungen geurteilt. Was das „Korrespondenzblatt“ dann noch über die Leistungsklausel zu sagen hat, möge wörtlich hier Platz finden:

Daß bei alledem eine Erhöhung der Leistungen von 6000 auf 6400 Buchstaben an der Linotype und von 4200 auf 4500 Buchstaben am Typograph, alles pro Stunde, in den Kauf genommen werden mußte, können die Maschinenfabrikern nicht ihren Vertretern in die Schuhe schieben. Denn wenn sie selbst bedeutend höhere Retordziffern setzen, wie das nicht etwa zu den Ausnahmen gehört, so ist es schließlich unausbleiblich, daß die Unternehmer eine weitere Ausnutzung ihrer Maschinen fordern. Wir zweifeln nicht daran, daß eine Leistung von 6000 Buchstaben Stunde für Stunde, Tag für Tag, eine sehr aufreibende, nervengrüttende Arbeit ist, aber die Position der Arbeitervertreter in den Unterhandlungen wird eben unhaltbar, wenn die Unternehmer ihnen mit weit höheren Dauerleistungen aufwarten. Hier erscheint etwas mehr Selbsterziehung der Maschinenfabrik am Platze, ohne daß wir damit einer unwirtschaftlichen Zurückhaltung der Arbeitsleistung das Wort reden wollen.

Bezüglich der Maschine meiste riefte sich das gewerkschaftliche Zentralorgan kurz. Das tarifliche Arbeitsrecht ändere sich fortwährend entsprechend den Fortschritten der Maschinenteknik. Die Prinzipale hätten Änderungen beantragt, die als Verschlechterungen aufgefaßt wurden. Aber die Erledigung dieser Punkte sei in einer für die Gehilfen annehmbaren Weise möglich gewesen; für die Rotationsmaschinen hätte sogar eine bessere Regelung der Bedienung stattgefunden. Es hat auch Druckerfassungen gegeben, wo sehr schwarz gesehen wurde, nicht am wenigsten wohl in Leipzig; nachdem jedoch der Kollege Hoyer seinen Spezialkollegen in der vorletzten Nummer schon so gut den Star gestochen hat und auch das „Korrespondenzblatt“ das Vaterland nicht in Gefahr sieht, wird wohl wieder Beruhigung in die Drucker gemüht einziehen. Die Vertrauensmännerfrage, in unsern Versammlungen häufig auch heftig angegriffen, gibt dem „Korrespondenzblatt“ zu längeren, lehrreichen Ausführungen Anlaß. Zunächst findet Erwähnung, daß die Prinzipale hier einen ganz bedeutenden Eingriff beabsichtigt hätten, der aber Zurückweisung fand. Dann heißt es:

Sie jungeren hier nicht als Beauftragte der Organisation, sondern werden von den tarifreuen Gehilfen eines Betriebes gewählt, um bestimmte Aufgaben innerhalb der Tarifgemeinschaft zu erfüllen. Da diese Aufgaben sich auf den betreffenden Betrieb beziehen, kann es kein Nachteil sein, wenn die länger dort Beschäftigten für diese Aufgabe herangezogen werden. Überhaupt ist es zweckmäßiger, ältere erfahrene Kollegen mit einem so wichtigen Amte zu betrauen. Wegen Maßregelung wurde der Schutz erweitert. ... Hinsichtlich der Maßregelungsfrage wird nunmehr im Tarif ausgesprochen, daß Entlassung eines Gehilfen wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation als Maßregelung gilt, also tarifwidrig ist. Diese Bestimmung ist gegenüber den Bestreitungen der von den Großindustriellen unterstützten Scharfmacher im Buchdruckgewerbe für die Gehilfenchaft von Bedeutung.

Nachdem das „Korrespondenzblatt“ als weitere Verbesserung noch die neuen Bestimmungen für Ausbildebedingungen mit der Fahrgeldentschädigung und Höderentschädigung für ganz kurze Zeit genannt, merkwürdigerweise aber die zur Einführung der gewohnheitsmäßigen Löhrearbeit recht einschneidende Neuregelung der Überstundenbezahlung überseht, die doch der Arbeitslosigkeit auch steuern soll, geht es zur Lehrlingskala über und meint: „Das ist eine nicht unwichtige Einschränkung der Lehrlingskala“. Aber auch das hört man in unsern Kreisen ganz anders beurteilen — wie lange, ist freilich eine Sache für sich. Höchst ist die dem Guttenbergbühne bzw. seinem Vorstehenden für dessen Aufstehen gewordene Attestierung:

Die christliche Sonderbilddel, die bis vor kurzem die Durchführung des Tarifs nach Möglichkeit zu hindern gesucht hatte, wurde auch diesmal von der tariflichen Anerkennung ausgeschlossen. Sie wird wie bisher mit beratender Stimme hinzugezogen werden bei Tariffragen, die sie direkt berühren. Das genügt vollkommen. Hat doch der christliche Organisationsvertreter selbst während der Tarifberatungen, zu denen er als Gast zugelassen war, erklärt, daß die Gehilfeninteressen durch die Verbandsvertretung eine so wirksame Vertretung gefunden hätten, daß er das Wort gar nicht beansprucht habe. Das wird auch in der Zukunft so bleiben; daher ist die Erregung der christlichen Gewerkschaftsorgane wie der Zentrumspreise unverfänglich. Ihr eigener Genosse muß doch besser als sie die Qualität der Arbeitervertretung in diesen Verhandlungen, wo er zugegen sein durfte, beurteilen können.

Das Resümee des „Korrespondenzblatt“ lautet sodann dahin, daß die Organisationsvertreter der Gehilfen durchaus der Stärke der Organisation entsprechen. Die Arbeits-

zeitverlängerung für die Zeitungsmaschinenfabrik sei zwar bedauerlich, aber nicht zu ungenügen gewesen; es hätten doch ausreichende Kompensationen für die Maschinenfabrik stattgefunden. Das rein materielle Ergebnis einer generell zehnprozentigen Lohnerhöhung und einer erheblichen Vermehrung und umfangreicher Verbesserung der Lohlaufschläge wäre aber so wichtig, daß „alle Kleinliche Kritik demgegenüber verstummen muß!“ Über die Chancen eines Kampfes äußert sich das „Korrespondenzblatt“ folgendermaßen:

Wir halten es für absolut ausgeschlossen, daß ein Kampf, um die Arbeitszeit der Zeitungsmaschinenfabrik entkränkt, unter den gegebenen Verhältnissen auch nur annähernd solche Ergebnisse gezeitigt hätte.

Das mögen sich die Heißsporne, die einen Abbruch der Verhandlungen lieber gesehen hätten und mit größerer Naivität alle Verantwortung für den neuen Tarif von sich aus ablesen, ja wohl merken und nicht etwa, wie ihrem eignen Organe gegenüber, sich ob einer solchen Schreibweise entkräften. Weil die Gehilfenvertretung sich eben der großen Verantwortung bewußt war, handelte sie nicht unverantwortlich wie so viele der Tarifritiker, sondern behielt lieber die Taube in der Hand, anstatt nach dem Sperling auf dem Dache zu jagen. Und dann kommt folgender prächtiger Schlußsatz im „Korrespondenzblatt“:

Es kann daher die diesjährige Tarifrevision im Buchdruckgewerbe als ein vollgültiger Beweis dafür angesehen werden, was eine gut gerüstete, starke Gewerkschaftsorganisation auf dem Verhandlungswege zu erreichen vermag. Die Voraussetzung aller gewerkschaftlichen Erfolge ist die starke, kampfsfähige Organisation. Die ist im Buchdruckgewerbe vorhanden, und das ist der Schlüssel auch der diesjährigen Erfolge. Ohne das Bewußtsein, eine kampfsfähige, gut organisierte Gehilfenchaft vor sich zu haben, würden die Unternehmer diese Zugeständnisse nie und nimmer gemacht haben. Über ebenso selbstverständlich ist, daß die Gehilfenorganisation alle Chancen genau abwägen muß; sie muß die Verhältnisse im Gewerbe selbst genau abschätzen, um zu wissen, was durchführbar ist oder nicht. Die Gefahren für die Arbeiter des Buchdruckgewerbes drohen nicht von den Scharfmachern, mit denen wird die Gehilfenorganisation den Kampf schon ausfechten können, sondern von der Maschine. Diese ist aber nicht aus der technischen Entwicklung des Gewerbes auszuschalten. Es gilt daher, die Taktik der Arbeiterorganisation diesen neuen Verhältnissen anzupassen. Das ist bisher gelungen, dafür bürgen die Ergebnisse dieser Tarifrevision.

Mögen nach der Vertikure dieses nach allen Erwägungen der gewerkschaftlichen Taktik abgegebenen, in alle Phasen unserer komplizierten Tarifrevision verständig und vernünftigen, wie die vorliegenden Verhältnisse, die gegebene Situation und alle gerade bei uns Buchdruckern so kritischen Möglichkeiten klug abschätzenden Urteils des „Korrespondenzblatt“ aus den jetzigen Säulstein unter den Kollegen lauter Paulusse werden!

Die „Solidarität“, das Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, widmet dem neuen Tarifabkommen im Buchdruckgewerbe eine umfassende, höchst sachgemäße Betrachtung. In der Einleitung wird darauf verwiesen, daß die Zeiten glücklicherer Vorüber sein, in denen man leidenschaftliche Debatten über den Wert der Tarifgemeinschaften pflegte. Wenn auch die Meinungen über Art und Dauer der Tarifverträge noch auseinander gingen, so seien sich über den Grundgedanken doch alle denkenden Arbeiter einig. Auch das Gewerbe von der „Unmöglichkeit, die Konjunktur auszunutzen zu können“, und von der „Fesselung der Organisation“ verstumme allmählich. Weiter heißt es: „Hat demnach der Tarifgedanke zahlreiche Anhänger in beiden Lagern gewonnen, so ist doch nicht zu verkennen, daß das unzulängliche Vorüber der Tarifgemeinschaften pflegen, nicht unbedeutliche Schäden auf den Plan rief, die in dem allmählichen Umsichgreifen von Tarifverträgen eine steigende Gefahr für das Unternehmertum erblickten und darum die „heimische Industrie“ als dem sicheren Untergange geweiht erklärten. Namentlich die älteste und ausgebauteste Tarifgemeinschaft in deutschen Landen, die im Buchdruckgewerbe, ist diesen Reuten ein Dorn im Auge, und es ist keineswegs zuviel behauptet, wenn gesagt wird, daß Freund und Feind bei der letzten Septemberwoche beginnenden Tarifverhandlungen in Berliner Papierhaus mit lebhaftem Interesse folgten. Scheiterten diese Verhandlungen, flog die Buchdruckertarifgemeinschaft hoch, dann war die Bahn für die wirtschaftlichen Herrenmenschen frei, die Arbeiterfreundlicher Gesinnung vorüber, dem Tarifgedanken selbst ein schwerer, vielleicht unheilbarer Schlag versetzt. Die Wühleren derer im Zentralverbande deutscher Industrieller, die lockenden Sirenenklänge des Arbeitgeberbundes für das Buchdruckgewerbe, hatten ein gewisses Echo bis weit in die Kreise der Buchdruckprinzipale gefunden.“ Nunmehr folgt die Verwertung des Gesamtergebnisses der Tarifverhandlungen, worauf der Artikel in folgender Schlußbemerkung das Fazit des Ganzen zieht: „Wenn man das Ergebnis der Tarifrevision in objektiver Weise würdigt und die für die Gehilfenchaft errungenen Verbesserungen den sogenannten ‚Verschlechterungen‘, die in einigen Positionen eintreten,

ehrlich gegenüberstellt, dann kann man dem Verbands dem Deutschen Buchdrucker zu diesem neuen Erfolg seiner dem Gewerbe und seinen Mitgliedern gebührenden Anteilpolitik nur gratulieren. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß es immer noch Arbeiter gibt, die sich nicht scheuen, das eigne Nest zu beschmutzen, und den Männern ihres Vertrauens so herzlich wenig Dank wissen für ihre aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit, wie es sich an verschiedenen Orten bei der Beurteilung der Tarifrevision durch die Verbandsmitglieder gezeigt hat. Wir glauben aber aussprechen zu dürfen — und sind uns dabei der Zustimmung jedes einsichtigen und verständigen Gewerkschafters sicher — daß in keinem andern Gewerbe, selbst nach den schwersten Kämpfen, solche Errungenschaften möglich sind, wie sie die Buchdrucker ohne Schwertstreich jetzt erreicht haben. Auch für uns Hilfsarbeiter wird die Neugestaltung des Buchdruckerarbeitsvertrages nicht ohne Einfluß bleiben, worauf wir in einem weiteren Artikel näher eingehen werden."

Korrespondenzen.

K. I. Bezirk Warmen. Zu der am 22. Oktober in Warmen stattgehabten außerordentlichen Bezirksversammlung hatten sich 172 Kollegen, und zwar von Warmen 100, Weßelsberg 10, Lüttringhausen 2, Nemscheid 39, Schwelm 14, sowie 7 Gäste, eingefunden, um den Bericht über die diesmaligen Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Bezirksvorsitzender Kunz eröffnete die Versammlung, die durch den Vortrag zweier Veder seitens des Gesangvereins „Typographia“ Warmen ihre Einleitung fand. Hierauf gab der Vorsitzende den Anwesenden in fast eineinhalbstündigem Referate, das mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde, ein lares Bild über den Verlauf und das Ergebnis der Tarifberatungen. In seinen Ausführungen betonte Referent, dabei die Kollegen wiederholt auf die schwierige Situation bei den diesmaligen Beratungen hinweisend, daß man mit dem Erreichten wohl zufrieden sein könne. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für die Ausführlichkeit seines Berichts. Zu der sich hieran anschließenden Diskussion, an der sich verschiedene Redner beteiligten, wurde das materielle Ergebnis der Tarifberatungen als befriedigend bezeichnet, während das Resultat für die Maschinenseher einer herben Kritik unterzogen wurde. Zum Schluß wurde folgende aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution angenommen, in welcher in der Hauptsache folgendes zum Ausdruck kommt: „Die am 22. Oktober in der Genügsamkeit von 172 Mitgliedern besuchte Warmer Bezirksversammlung erklärt sich im allgemeinen mit dem neuen Tarif einverstanden, bedauert aber gleichzeitig die Verschlechterung für die Maschinenseher sowie ferner die wachsende Abminderung, daß die Lohnhöhe nicht allen Gehilfen zugute kommt. Nachdem noch ein Vorschlagsbesuch seine Erledigung gefunden hatte, schloß die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.“

Bezirk Brandenburg. Am 22. Oktober tagte in Ratzenow die zweite diesjährige Bezirksversammlung. 98 von 170 im Bezirk konstituierenden Mitgliedern hatten sich aus den Orten Brandenburg, Rathenow, Nauen, Biesar, Belgig und Jüterbog — Rehn war nicht vertreten — eingefunden, um den Bericht des Gehilfenvertreter Kollegen Joseph Kirchner (Stettin) über den Verlauf der Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. In seinem zweieinhalbstündigen Vortrage zeichnete Redner die überaus schwierige Situation der diesmaligen Verhandlungen und resümierte, wenn es auch nicht möglich gewesen sei, alle Forderungen der Gehilfenschaft durchzubringen, so könne man mit dem Resultate trotz einiger Verschlechterungen doch wohl zufrieden sein; er gäbe auch noch zu erwägen, ob bei einem eventuellen Kampfe mehr Vorteile für die Kollegschaft herausgeprengt werden, und ersuchte, all die vorgetragenen Momente bei der Kritik objektiv zu würdigen. In der nun einsetzenden, sich in ruhigen und sachlichen Bahnen bewegenden Diskussion wurden von allen Rednern wohl die materiellen Vorteile anerkannt, aber die Bestimmungen betreffend die Arbeitszeit und der Umstand, daß die Zulage nur denjenigen Kollegen zuteil wird, die bis zu 3 Mk. über Minimum erhalten, wurden scharf kritisiert. Auch war man über den Maschinenseherarif sehr enttäuscht. Nachdem Kollege Kirchner die erhobenen Bedenken nochmals eingehend gewürdigt, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 22. Oktober, in Rathenow versammelten Mitglieder des Bezirks Brandenburg sprechen ihren Vertretern bei der Tarifrevision Dank aus und bedauern, daß es ihnen nicht möglich war, Verschlechterungen abzuwehren, insbesondere die vollständige Einführung des Berechnens an den Seznamaschinen und die Verlängerung der Arbeitszeit der Zeitungsmaschinen. Betreffs der Kollegen, die mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnt werden, erwartet die Versammlung von den Prinzipalen, daß sie ihnen gleichfalls eine entsprechende Lohnaufbesserung zuteil werden lassen.“ Angenommen wurde ein Antrag Jüterbog, daß mit Zustimmung des Gauvorstandes der Drudort Jüterbog vom 1. Januar 1912 ab dem Bezirke Potsdam zugeteilt werde. Die Vorstandswahl zeitigte für den freiwillig zurücktretenden Kollegen Schutenburg die Wahl des Kollegen Vär zum Vorsitzenden. Nachdem noch einige Interna erledigt waren, wurde die fünfjährige Versammlung geschlossen.

Breslau. (Maschinenmeisterverein.) In der Versammlung vom 22. Oktober sprach Vorsitzender

Bangner über die Tarifrevision und die Druckerparte. Redner führte aus, daß man unter Berücksichtigung der vorhandenen Schwierigkeiten mit dem Resultat in den Hauptfragen zufrieden sein könne. Er habe das Vertrauen zu den Gehilfenvertretern, daß diese die Interessen der Gehilfen im weitesten Maße vertreten haben. Die §§ 73-79 behandelnd, hoffe Redner, daß die Zugeständnisse für Apparatmaschinen wohlwollend ausgelegt werden und die Bestimmungen über Zurückminderung der Arbeiten nur so Anwendung finden, wie protokolllarisch festgelegt ist. In der Diskussion sprachen mehrere Redner die Befürchtung aus, die neuen Bestimmungen könnten verschlechterte Verhältnisse für die Drucker bringen. Doch nach weiterer Aufklärung von Seiten des Vorstandes griff bald die Meinung Platz, daß diese nicht von solch einschneidender Wirkung sein werden. Im Schlußwort sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, der revidierte Tarif möge überall zur Zufriedenheit der Kollegen ein- und durchgeführt werden. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde die nächtig besuchte Versammlung geschlossen.

Chemnitz. (Maschinensehervereinigung für den Gau Erzgebirge-Vogtland.) Im dritten Quartale fanden in Chemnitz drei mäßig besuchte Versammlungen statt, in denen man sich hauptsächlich mit Technischem und den nunmehr beendigten Tarifverhandlungen beschäftigte. In der Versammlung am 30. September wurde das Resultat in Leipzig einer scharfen Kritik unterzogen, außerdem machte Kollege Niegisch längere Ausführungen über den Streit zwischen der Monotypie-firma Henry Garba und der „Zeitgrün“. In Chemnitz haben wir jetzt 36 Mitglieder, im ganzen Bezirke deren 49. Auch einige Neuaufstellungen von Maschinen sind zu verzeichnen. — Für den Bezirk Plauen fanden zwei Versammlungen statt, die sich auch mit Technischem beschäftigten und die Anregungen von Chemnitz berieten, die in bezug auf Stassenangelegenheiten gemacht worden waren. Außerdem wurde in Euerbad-Flaßenstein unter den Maschinensehern für die Sparte agitiert; leider ohne Erfolg. — In Zwickau fand nur eine Versammlung für die Bezirksmitglieder statt, in der am Anfang des verstorbenen Kollegen Karl Reil gedacht wurde. Neben technischem Angelegenheiten und Aussprachen über die Tarifverhandlungen wurde noch über den in Aussicht stehenden Sachsentag der Maschinenseher gesprochen. Der Bezirk zählt jetzt 43 Mitglieder. — Der ganze Gau Erzgebirge-Vogtland hat zurzeit 112 spezialorganisierte Maschinenseherkollegen.

a. Chemnitz. (Maschinenmeisterverein.) Zu der am 21. Oktober stattgehabten gutbesuchten Versammlung war als Referent Kollege S. Popold Hesselbarth (Leipzig) erschienen. Das Referat lautete: „Die Tarifverhandlungen und die Sonderbestimmungen der Maschinenmeister.“ Der Referent gab in eineinhalbstündigen Ausführungen den Versammelten einen Einblick in die Schwierigkeiten der Verhandlungen und schloß, indem er eingehend die Verbesserungen und Verschlechterungen unserer Spezialbestimmungen, worauf ihm reicher Beifall gesollt wurde. Auch gab Referent den Versammelten das Verhalten des Zentralvorsitzenden und Experten, Kollegen Görner, zu den Tarifverhandlungen bekannt und teilte mit, daß Kollege Görner noch in letzter Stunde sein Mandat als Experte unter nichtigen Gründen aufgab. Die anschließende Diskussion war eine sehr lebhaft, wobei verschiedene Kollegen betreffs der Verschlechterungen an unsere Spezialbestimmungen ihren Mißmut zum Ausdruck brachten. Auch das Verhalten des Kollegen Görner wurde kritisiert. Nachfolgende zwei Resolutionen fanden einstimmige Annahme: „Die am 21. Oktober tagende Versammlung der Chemnitzer Maschinenmeister spricht nach Anhören des Referates des Kollegen Hesselbarth den Experten der Maschinenmeister sowie den Gehilfenvertretern für ihre tatkräftige Vertretung während der Tarifverhandlungen ihren besondern Dank aus. Sie mißbilligt aber das Verlangen der Prinzipale, die bestehenden Verhältnisse noch zu verschlechtern, und bedauert es sehr, daß es zu einer Verschlechterung an den Apparatmaschinen gekommen ist.“ — „Die Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, daß uns die Zentralkommission bei den jetzigen Tarifverhandlungen vollständig versagt hat, und namentlich der Vorsitzende Kollege Görner als Experte. Die Versammelten erwarten von den Berliner Kollegen, daß sie die Zentralkommission so befehlen, daß sie den Ansprüchen der deutschen Druckerkollegen voll und ganz entspricht.“

Dresden. Über die Tarifverhandlungen referierte am 22. Oktober unser Gehilfenvertreter Kollege Bogani (Leipzig) vor einer von etwa 1800 tariffreien Buchdruckergehilfen besuchten Versammlung im „Tivoli“, zu der auch aus den Provinzorten des Dresdner Gaues die Kollegen zahlreich erschienen waren. Nach Begrüßung des Kollegen Bogani und der auswärtigen wie diesigen Kollegen durch den Gauvorsitzer Wendtsche führte der Referent etwa folgendes aus: Als vor etwa acht Wochen die Anträge der Prinzipale im „Ror.“ erschienen, ging eine Entschließung durch die ganze deutsche Kollegschaft, daß die Anträge derartige Verschlechterungen vorsehen, daß an einen Tarifabschluß auf dieser Grundlage nie hätte gedacht werden können. Von diesen Anträgen ist im Beschlußprotokolle nichts zu merken. Auf beiden Seiten war eben das Verstreben vorhanden, sich auf friedlichem Wege zu verständigen, wenn man auch mehrmals während der Verhandlungen nahe daran war, auseinanderzugehen. Wenn es nun doch gelungen, wieder für fünf Jahre einen annehmbaren Frieden zu schließen, so nur auf der Basis, daß eben beide Tarifkontrahenten verschleierte ihre Forderungen haben fallen lassen müssen. So seien die Prinzipale, und das wäre wohl als die weitgehendste Verschlechterung zu betrachten, die verlängerte Arbeitszeit für die Maschinen-

seher zugestanden, die aber in der Praxis schon vielfach gehandhabt wurde, nur ist bisher die halbe Stunde den Kollegen als Überstunde bezahlt worden. Die Prinzipale bestanden aber darauf, und die Gehilfenvertreter konnten wegen dieser Position es auf einen Kampf nicht ankommen lassen, dessen Erfolg bei der heutigen gewerblichen Technik wenigstens zweifelhaft gewesen wäre. Die schwierigste Situation habe sich bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung ergeben, um so mehr als unsre Vertreter gezwungen waren, auf einer den Seuerungsvorfällen entsprechenden Lohnhöhe zu bestehen. Redner schilderte dann in eingehender Weise die zu bewältigenden Schwierigkeiten bei den Verhandlungen im Plenum und in der gewählten Einigungskommission. Daß der vorliegende Tarif gewissen Prinzipalen nicht weit genug gehe, beweise die Tatsache, daß sie erklärten, dieser Abschluß bedeute eine vollständige Kapitulation vor den Gehilfen. Mit dem Gesamtergebnisse könne die Gehilfenschaft wohl zufrieden sein, und keine Gewerkschaft könne sich rühmen, nach einem Streit oder einer Aussperrung derartige Verbesserungen durchgesetzt zu haben. Nach einer Gegenüberstellung der im neuen Tarife vorgesehenen Verbesserungen und Verschlechterungen für die Gehilfenschaft schloß Kollege Bogani seine etwa zweieinhalbstündigen Ausführungen. Kollege Wendtsche teilte hierauf als Ergänzung des Referates noch mit, daß für 16 Orte unseres Gaues Neubewilligungen resp. Erhöhungen des Sozialzulags eingetreten sind. Das Resultat, daß Dresden eine Gleichstellung mit Leipzig nicht erfahren hätte, wurde unter Ausbruch starken Unwillens entgegengenommen. In der Diskussion wandte sich zunächst Kollege Wegel (Maschinen-seher) gegen die Erhöhung der Arbeitszeit für die Maschinen-seher. Die Tarifrevision habe nicht gebracht, was man erwartete. Treten schlechte Verhältnisse für die Allgemeinheit ein, dann müsse man das auf diejenigen abwägen, die uns die Bestimmungen besetzt hätten. Die Mehrleistung von 400 Buchstaben pro Stunde werde einen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit ausüben, was unsre Vertreter wohl hätten berücksichtigen müssen. Redner verlas als Protest gegen den Tarifabschluß eine entsprechende Erklärung. Kollege Maas meinte, daß die Schuld, heute einem Tarife zustimmen zu müssen, der sehr viele Verschlechterungen bringe, nicht allein die Gehilfenvertreter treffe, sondern auch uns selber, da wir es nicht verstanden haben, uns das notwendige Mitbestimmungsrecht zu wahren. Eine wirkliche Arbeitszeitverkürzung sei nur durch Streit zu erreichen. Hätten unsre Prinzipale wirklich soziales Verständnis, dann hätten sie eine größere Verkürzung der Arbeitszeit zubilligen müssen. In den nächsten fünf Jahren müßten wir danach trachten, uns ein größeres Mitbestimmungsrecht zu erringen. Kollege Wendtsche erklärte, daß ihm auch manches an dem neuen Tarife nicht gefalle, aber wenn man das Gesamtergebnis betrachte, könne man wohl zufrieden sein. „Er appelliere an das Solidaritätsgefühl der Maschinen-seher, daß sie auch einmal etwas für die Gesamtkollegschaft tun, nachdem sie lange eine so bevorzugte Stellung im Gewerbe eingenommen hätten. Bei Einführung der Seznamaschine hätten die Prinzipale nicht das Interesse für die rationelle Ausnutzung gehabt, während heute die Maschine auf ihre Leistungsfähigkeit ausprobiert worden sei, und zwar mit Hilfe unserer eignen Kollegen. Man solle sich doch keinen Illusionen hingeben, als ob durch Fortfall der halben Stunde die Einführung der Maschine von der Gehilfenschaft gehemmt werden könnte. Auch ein eventueller Streit würde mehr Schaden anrichten, als irgend Vorteile erlangen werden könnten. Die beschlossene achtstündige Ruhepause und die Vorheranfrage der Überstunden seien Verbesserungen, die nicht von der Hand zu weisen wären. Die schärfere Kontrolle sei besonders für Dresden eine bedenkliche Verschlechterung, wenn auch in der Praxis kaum große Veränderungen eintreten würden, da die lebenden Kontrollführer schon heute das Nötige besorgten. Auf unsre Bewegung sehe die ganze Arbeiterschaft und auch die Arbeiterpresse heute den Tarifabschluß ganz anders, als wie es früher gesehen. So würdige z. B. die „Leipziger Volkszeitung“ in einem Leitartikel unsern Abschluß in ganz objektiver Weise. Redner verlas die markanteste Stelle. Wir als einzelne Gewerkschaft seien heute nicht in der Lage, eine große Arbeitszeitverkürzung zu erreichen, das könne nur durch die Allgemeinheit geschehen. Redner bedauerte alsdann wieder die Festsetzung des Sozialzulags auf 17% Proz., trotzdem Dresden derselben Klasse angehöre wie Leipzig und die Verhältnisse eher noch teurer wären als im Preisvorort. Er empfahl eine im Sinne seiner Ausführungen gestaltete Resolution. Des weiteren ging eine von den Kollegen Hahn, Staffny und Maas unterzeichnete Resolution ein mit folgendem Wortlaut: „Die heutige Versammlung ist mit dem Ergebnisse der Tarifrevision nicht befriedigt. Sie verurteilt die Taktik, durch Preisgabe früher errungener Positionen und durch Konzessionen, die tief in unsere Verbandsorganisation eingreifen, die Prinzipale zu materiellen Zugeständnissen zu bewegen. In der jetzigen Zeit der Seuerung erwartet die Gehilfenschaft von den Prinzipalen, daß auch den mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohten Kollegen der volle tarifliche Aufschlag zukommt und fordert die maßgebenden Gehilfeninstanzen auf, dies beziehliche Schritte einzuleiten. Die Versammlung verpflichtet sich, mit voller Energie für die strikte Einführung des abgeschlossenen Tarifs ab 1. Januar 1912 einzutreten.“ Beide Resolutionen wurden genügend unterstützt, zwei andern aber die Unterstützung verweigert. Kollege Böhmke hielt die Taktik, bei den Tarifberatungen das Materielle in den Vordergrund zu stellen, nicht für richtig. Urteile die Arbeiterpresse jetzt anders über unsern Tarif, so deshalb, weil

... sie es selber am Geldbeutel spüre, also der Egoismus die Hauptrolle spiele. (Eine geradezu wunderbare Logik. Red.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen, wodurch eine ganze Anzahl noch eingetragener Redner nicht mehr zum Worte kamen. Zur Begründung seiner Resolution erhebt noch das Wort Kollege Hahn. Den Gehilfenvertretern könne kein Mißtrauen ausgedrückt; sie hätten jedenfalls alles getan, um so viel als möglich herauszubekommen. Das Ganze sei aber eine Folge unserer Tarifpolitik, unserer Verbindung mit den Prinzipalen durch den Organisationsvertrag. Wir geben unsre Arbeitskraft und verlangen entsprechendes Entgeltentkommen. Um eine Arbeitszeitverlängerung zu erreichen, hätte auch das letzte Mittel versucht werden müssen. Aber wir tragen hier selber die Schuld. Unse Anträge wurden immer mehr abgeschwächt, während die Prinzipale sich nicht daran setzten. Es müsse endlich ein anderes Prinzip Platz greifen. Kollege Steinbrück stigierte nachdem noch kurz die Situation. Schon die diesmaligen Vorträge der Prinzipale ließen erkennen, daß auch sie mit allen Eventualitäten gerechnet und auf einen Kampf vorbereitet waren. Die dreizehntägige Dauer der Verhandlungen zeuge davon, daß die jenseitigen Vertreter das Interesse der Prinzipale hartnäckig vertreten haben. Nur durch gegenseitiges Nachgeben sei in solchen Fällen ein Kompromiß möglich. Mit einer Verwertung der Umgebungen werde die Situation für die Gehilfenschaft nicht gebessert. Die Verwertung einer zehnprozentigen Lohnserhöhung würde die öffentliche Meinung gegen uns einnehmen und so zu ersten Konsequenzen führen. Man solle sich mit den Ergebnissen der Tarifberatung einverstanden erklären und sich für strikte Durchführung des neuen Tarifs verpflichten. Um einen einseitigen Beschluß herbeizuführen, empfahl Redner hierauf die Verschmelzung der beiden Resolutionen Wendische und Hahn. In seinem Schlusssatz ging Kollege Wogenitz auf die einzelnen Ausführungen der Debattierenden noch kurz ein und meinte dann, daß, wenn wir nur zu verlangen brauchten, unsere Kollegen jedenfalls alle auf ihre Rechnung kommen würden, aber so sollte doch der Tarif beiden Parteien gerecht werden. Mit dem Vorschlage des Kollegen Steinbrück erklärte sich Kollege Hahn nicht einverstanden, und so kam es zur Abstimmung über beide Resolutionen, in der diejenige Wendisches abgelehnt und die Resolution Hahn gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Die Versammlung selbst nahm oft einen sehr flüchtigen Verlauf und wurde nach fünfständiger Dauer mit einem Appell an die Einigkeit der Kollegen seitens des Kollegen Wendische geschlossen.

Bezirk Frankfurt a. O. Die Herbstversammlung am 22. Oktober, die mit einem Vorgesangsvortrage des Neudammer Buchdruckerergangvereins eingeleitet wurde, war von 248 Mitgliedern besucht; aus Frankfurt a. O. waren erschienen 66, Neudamm 56, Fürstentum 32, Landsberg 27, Guben 19, Sommerfeld 13, Küstrin 9, Schwiebus 7, Jütlichau 5, Utkarbe 4, Drossen 3, Wies 2, Krosen 2, Mincheberg 2, Pätzsch 1. Weiter waren anwesend: der Vorsitzende des Potsdamer Bezirksvereins, Kollege Wefenberg, und Kollege Albert Faber (Berlin). Letzterer hatte das Referat über „Die Verhandlungen des Tarifausschusses“ übernommen. In etwa einhalbstündigen Ausführungen streifte Redner die einzelnen Punkte der Verhandlungen, hierbei betonend, daß man, wenn man auch größere Vorteile erwartet hätte, mit dem Erreichten zufrieden sein könne. Die Arbeitszeitverlängerung um wöchentlich eine halbe Stunde sei auch ein Schritt vorwärts. Fünf Orte im Bezirke hätten 2 1/2 Proz. Lokalaufschlag erhalten, in zwei Orten ist dieser ebenfalls um je 2 1/2 Proz. erhöht worden, so daß im ganzen Bezirke mit 397 Mitgliedern 327 den Vorteil des ausgebeßerten Lokalaufschlages haben. Wenn die Maschinenfeger schlechter abgesehen hätten, so sollten diese auf die Allgemeinheit Rücksicht nehmen, es wäre sonst vielleicht zu keiner Einigung gekommen. In der Diskussion erklärten sich einige Kollegen im Interesse unserer Organisation mit dem Erreichten zufrieden, während andre Kollegen der Ansicht waren, daß die Maschinenfeger allein die Leidtragenden seien. Ferner seien die Lokalaufschläge nicht ganz gerechtfertigt; es müßten alle Orte derselben Serviceklasse den gleichen Lokalaufschlag erhalten. Bezirksvorsitzender D. Müller erwiderte hierauf, daß die Lokalaufschläge jetzt entschieden eine gerechtere Verteilung bekommen hätten als früher, im Obergau haben 18 Orte Lokalaufschlag erhalten bzw. ist dieser erhöht worden. An den Gehilfen werde es liegen, auch für die Einführung des neuen Tarifs einzutreten. Eine hierauf einstimmig angenommene Beschlusfassung besagt: „Die Bezirksversammlung des Bezirks Frankfurt a. O. erklärt sich mit dem Verhalten unserer Vertreter einverstanden, bedauert das wenige Entgegenkommen der Prinzipalität und macht den Gehilfen zur Pflicht, den neuen Tarif zur strengen Durchführung zu bringen.“ Nachdem Kollege Faber in seinem Schlusssatz auf unsere machtvolle Organisation hingewiesen hatte, ernannte er, den Gehilfenvertretern weiter Vertrauen entgegenzubringen und schloß seinen mit lautem Beifall aufgenommenen Bericht. Dem neugegründeten Bezirksmaschinenmeistervereine wurden Geldmittel aus der Bezirkskasse bewilligt. Ferner wurde allen Ortsvereinen, die 1,50 M. Wochenbeitrag leisten, dem Parteil angegeschlossen sind und das Geld zu gewerkschaftlichen Zwecken verwenden, Rückvergütung gewährt. Der Vorstand wurde bis auf einen Beisitzer zur Wiederwahl empfohlen. Vom 1. Januar ab sollen einheitliche Duldungskarten für den ganzen Bezirk eingeführt werden. Als nächster Ort für den Bezirkstag wurde Guben gewählt. Nachdem dem Referenten der Dank für seine Ausführungen ausgesprochen worden war, schloß die

Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband.

Heide. Die am 22. Oktober hier selbst abgehaltene außerordentliche Versammlung hätte einen besseren Besuch verdient. Vertreten waren die Orte Husum mit 18, Melbörf 5, Wesselburen 2, Ebnung und Hanerau je 1 und Heide mit 23 Kollegen. Mehrere Orte, wie Garbing, Friedrichstadt, Fredstedt und Breklum, waren nicht vertreten, trotz Einladung. Kollege Peschel (Kiel) gab den Anwesenden in einem einständigen Vortrage ein klares und deutliches Bild von den Tarifverhandlungen. Trotzdem der neue Tarif für manche Kollegen Verschlechterungen bringe, empfahl der Referent doch die Annahme. Reicher Beifall wurde ihm seitens der Versammlung zuteil. Kollege Hinz (Hamburg) erläuterte die Druckerbestimmungen näher. Er konnte allerdings nur von Verschlechterungen für die Drucker berichten, empfahl aber trotzdem, dem Tarif zuzustimmen. In der Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Erit (Husum), Kruse (Melbörf), Fibsen, Gehhardt und Wunk (Heide). Von einer Resolution wurde Abstand genommen. Es war die Meinung vorherrschend, da der Tarif ja bereits abgeschlossen sei, sich mit dem Erreichten einverstanden zu erklären und dem Tarife zuzustimmen. Nach den darauf gelegten Verhältnissen wurde auch noch anerkannt, daß unsre Gehilfenvertreter hätten nicht mehr erreichen können. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die äußerst interessante und anregende Versammlung geschlossen. — Anschließend an diese Versammlung hatten die Maschinenmeister noch eine Zusammenkunft, in der Kollege Hinz (Hamburg) zum Beitritt in den Maschinenmeisterverein aufzuredete.

Konstanz. (Maschinenmeisterverein.) Am 15. Oktober fand die vom Verein arrangierte öffentliche Druckmaschinenausstellung statt, welche einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Die Ausstellung fand in zwei großen Sälen der Gewerbeschule statt, welche uns von der Stadt zur Verfügung gestellt wurden. In dem einen Saale kamen nur in Konstanz hergestellte Arbeiten zur Schau, während im zweiten Saale Druckerarbeiten ausgestellt waren, welche uns von unsern Brüdern in den Verbänden der Typographischen Gesellschaften in Leipzig sowie als Neuanfertigungen von Fabrikanten der graphischen Industrie in bereitwilliger Weise zur Ausstellung überlassen wurden. Es war das erstemal, daß hier eine öffentliche Druckmaschinenausstellung stattfand, jedoch der Besuch hat bewiesen, daß das Publikum, welches in sehr großer Zahl erschien, der „schwarzen Kunst“ Interesse entgegenbringt. Wir können mit dem Erfolge zufrieden sein, und unsern Vertretern wird sein, weiter zu arbeiten und auszubauen. Gleichzeitig damit verbunden war ein Preiswettbewerb für eine Neujahrskarte und ein Kuvert, zu welchem im ganzen 37 Entwürfe eingingen. Die Bewertung hatte die Typographische Vereinigung Karlsruhe übernommen, und es ist ihr an dieser Stelle für die Mithewaltung unser herzlichster Dank ausgesprochen. Die Richtpreisgerichte dürften jedoch den Mut nicht sinken lassen, sondern stets eifrig bestraft sein, auf der eingeschlagenen Bahn weiter zu streben nach schöneren Zielen in unser Kunst. Es sei nun noch allen, die uns mit Material zu unser Ausstellung unterstützten, der herzlichste Dank ausgesprochen.

Plauen i. V. In die Monatsversammlung am 21. Oktober, die von nur kurzer Dauer war und in der die üblichen Monatsgeschäfte erledigt wurden, schloß sich ein Kommerz anläßlich des 25-jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Emil Casper an. Der Gesangsverein „Gutenberg“ leitete diese einfache, aber schöne Feierlichkeit ein mit dem Buchdruckerlied „Es steht ein Berg auf Erden“. Vorsitzender Meißner überreichte dem Jubilar ein Diplom des Gewerkschafts sowie auch ein sinniges Geschenk des Ortsvereins Plauen. Dabei entwarf er ein Bild von der Tätigkeit des Jubilars, dessen Verdienste in herzlichsten Worten anerkennend, und allen ans Herz legend, sich gleichfalls so aktiv wie der Jubilar an den Organisationsarbeiten zu beteiligen. Auch der Ortsverein Zwickau, an dessen Spitze Kollege Casper neun Jahre lang gestanden, konnte diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um dem Jubilar seine Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Kollege Kraffer (Zwickau) feierte in beredten Worten den Jubilar, stellte ihm dabei das Zeugnis aus, daß er während seiner Tätigkeit in Zwickau alle Arbeiten mit bestem Wissen und Gewissen ausgeführt habe, und überreichte ihm zum Danke hierfür von dieser Mitgliedschaft ebenfalls ein schönes Angebinde. Der Jubilar, der jetzt Geschäftsführer des Plauerer Gewerkschaftsausschusses ist, dankte für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen und meinte, er hätte sich eigentlich gar keine Verdienste erworben, das was er getan, habe er nur als seine Pflicht betrachtet. Im weiteren Verlaufe des Kommerzes wechselten nun Klavier- und Gesangsvorträge und humoristische Darbietungen miteinander ab, auch ein recht hübsches, beifällig aufgenommenes Festlied unseres Vereinspoeten klang, so daß nur allzu bald die schönen Stunden, getragen von echt buchdruckerlichem Geiste, entschwunden waren.

Rosenheim. Am 22. Oktober fand hier die dritte Quartalsversammlung des Ortsvereins statt. Ob dies aus der Tagesordnung stehenden aktuellen Punktes „Ergebnis der Tarifberatungen“ war der Versammlung der Charakter einer Bezirksversammlung gegeben. Nachdem der interne Teil, darunter die Aufnahme eines Kollegen, Kassenbericht, Wahl eines Gewerkschaftsbelegierten, erledigt war, stigierte Kollege Niederlehner in einständigen Vortrage das Ergebnis der Tarifberatungen. Abschließend setzte eine objektive Diskussion ein, die mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution ihr Ende erreichte: „Die

heutige Bezirksversammlung in Rosenheim, in der Kollegen aller Sparten aus den Druckerden des südbayerischen Bayern: Bad Wibling, Ebersberg, Freilassing, Wiesbad, Mühldorf, Rosenheim, Traunstein und Wasserberg, vertreten sind, erkennen den neuabgeschlossenen Tarif nur in Interesse der Tarifgemeinschaft sowohl wie des so notwendigen gewerblichen Friedens und in Würdigung der Verhältnisse an; votieren gleichzeitig den Gehilfenvertretern für die geleistete verantwortliche Arbeit Dank. Die Versammlung kann aber dazu die Bemerkung nicht unerwähnt lassen, daß die Gehilfenvertreter in puncto Arbeitszeitverlängerung für die Zeitungsdruckmaschinenfeger, Gewährung eines späteren Termins zur Bezahlung der Lokalaufschläge für Druckerorte über 3000 Einwohner, die nur halbstündige Arbeitszeitverlängerung für die Handfeger, entschieden zu weitgehende Konzessionen machten, in denen die versammelten Kollegen eine beträchtliche Schmälerung erblickten.“ Kritisiert wurde der große Unflug der Vorträge und die Forderung an die Prinzipale seitens der Kollegen. Mit dieser Bezirksversammlung war verbunden die Ausstellung des Johannistagsdruckmaschinenausstufes.

Anmerkung der Redaktion: Wo in aller Welt stammt denn die Behauptung bezüglich der Lokalaufschläge her? Wie aus dem Beschlusprotokolle zu ersehen und auch im „Ror.“ Nr. 116, also bereits am 10. Oktober, zu lesen gewesen, ist nicht für Druckerorte über 3000 Einwohner, sondern für solche mit durchschnittlich weniger als 30 Gehilfen im Jahre der 1. Oktober 1913 als Einleitungstermin festgesetzt worden. Das ist doch etwas ganz anders und weit günstiger! Außerdem sollen in Bayern durch die entgegenkommende Erklärung des Prinzipalsvertreters Graf sämtliche Lokalaufschläge am 1. Januar 1912 in Kraft treten. Muß denn bei so klarer Sachlage auch falsch oder schief gerichtet werden!

Zwickau. In einer für den 22. Oktober nach hier einberufenen und von rund 360 Kollegen aus den Orten Aue-Rauter, Gaudau, Kirchberg, Krimmischau, Lichtenstein, Meerane, Schneberg, Waldenburg, Werdau, Zwickau und Zwickau besuchten Bezirksversammlung nahm der Bezirk Zwickau Stellung zum neuabgeschlossenen Tarife. Bezirksvorsitzer Kraffer (Zwickau) beleuchtete und kritisierte in seinem einhalbstündigen Referate die Erfolge und Nachteile des 13-tägigen zähen Verhandlungs zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern und betonte besonders, unter welchen Gesichtspunkten in Anbetracht der schwierigen Situation im Gewerbe, die diesmaligen Tarifverhandlungen zu bewerten seien. In der teilweise scharfen Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß man die von den Prinzipalen gemachten Zugeständnisse bei den Vorteilen, die diese eingetauscht hätten, als ungenügend bezeichnen müsse, wie auch die Verschlechterungen, namentlich soweit sie Maschinenfeger und Drucker treffen, strenge Beurteilung fanden. Die Berücksichtigung der Schwierigkeit der Lage und der Umstände, daß man nunmehr vor einer vollendeten Tatsache stehe, für die nichts mehr zu ändern sei, bewog aber auch die Debatte Redner, die Zustimmung zum neuen Tarifabkommen zu empfehlen. Gegen eine kleine Minderheit gelangte denn auch folgende Resolution zur Annahme: „Die am 22. Oktober in Zwickau versammelte 360 tarifreinen Verbandsgehilfen des Bezirks Zwickau erklären sich in Anbetracht der schwierigen Lage innerhalb des Berufs mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen einverstanden, obwohl in der beschlossenen Lohnserhöhung ein Ausgleich für die gesteigerten Leuerungsverhältnisse nicht zu erblicken ist. Die Versammlung bedauert, daß speziell die Maschinenfeger bedeutende Verschlechterungen namentlich durch Verlängerung der Arbeitszeit im Zeitungsbetriebe, in Kauf nehmen müssen, erwartet dafür aber von den Prinzipalen, daß auch die nach dem jetzigen Tarife mit mehr als 3 M. über Minimum entlohtenen Gehilfen in entsprechender loyaler Weise der zehnprozentigen Lohnzulage teilhaftig werden. Im übrigen gelobt die Versammlung, in Zukunft für Festigung und Ausbau der Organisation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln tätig zu sein.“ In Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte trat man sodann der Abhaltung eines gemeinsamen Bezirksjohannistages im nächsten Jahre näher und setzte wiederum Zwickau als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung fest. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihr Ende.

Rundschau.

Wegen zu großen Stoffandrangs in mehr aktuellen Fragen sind wir genötigt, die Fortsetzung des Feuilletons „Rückblicke in die Vergangenheit“ sowie jene der Kritikserie „Das Buchdruckerhandwerk“ noch um einige Nummern hinauszuschieben.

Das Recht des Ausschusses aus Tarifgemeinschaften präzipiert der Erlanger Professor Dr. P. Brämann in einem beachtenswerten Artikel in der „Sozialen Praxis“ dahingehend, daß eine solche Maßnahme rechtlich unbestreitbar sei, wenn der Ausschluß eines Unternehmers darum erfolge, weil er tariffreie Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation, die für das Bestehen einer Tarifgemeinschaft eine Lebensfrage bilde, gemacht habe. Eine solche Handlung sei zwar ein gutes Recht des Unternehmers, sofern er der betreffenden Tarifgemeinschaft nicht angehöre, sei aber letzteres der Fall, dann habe er kein Recht mehr darauf, nach einer solchen gegen das Gesetz und das Bestehen der betreffenden Tarifgemeinschaft gerichteten Handlung noch fernerhin die Vorteile der Tarifgemeinschaft zu genießen. Die schärfste Abwehr solcher Attenden auf die Koalitionsfreiheit sei für die Tarifgemeinschaft gerabegut eine Lebensfrage.

Habe man seinerzeit den positiven Verbandszwang in § 4 des Organisationsvertrags zwischen Prinzipalen und Gehilfen im Buchdruckgewerbe als Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit verworfen, so müsse für den negativen Verbandszwang, der in der Maßregelung oder Nicht-einstellung bestimmter Organisationsmitglieder liege, genau dasselbe gelten. So sei es ein klarer Widerspruch, daß z. B. Zülissen den positiven Verbandszwang berechtigt und entkräftet verwerfe, aber andererseits sich selbst zur Maßregelung von Mitgliedern eines ihm nichtliebigen Verbandes für berechtigt erkläre.

Ein Verlagsvereinschwindel, dem leider auch mancher Kollegen zum Opfer gefallen sind, weil sie sich vorher nicht genügend erkundigt, wurde dieser Tage in Leipzig durch gerichtliche Bestrafung der Hauptbeschuldigten aus der Welt geschafft. Es handelte sich um eine unter der Firma „Buchhandlungs- und Verlagsverein e. G. m. b. H.“ arbeitende Gesellschaft von einigen Schwindlern, die nur darauf ausgingen, Personen als Mitglieder des Vereins zu gewinnen, die Darlehen brauchten, um sie dann als eingeschriebene Mitglieder des Vereins trotz ihrer Not zu Beitragszahlungen gezwungen zu zwingen und sie bezüglich der gewünschten Darlehen obenrein noch höhnvoll in Stiche zu lassen. Die Gesellschaft gab eine Zeitung unter dem Titel „Humanität“ heraus, worin unter der laudendsten Verpöndelungen und Aufzählungen der großartigen Erfolge der Gesellschaft die Mitglieder des Vereins schönlich belogen wurden. Denn obwohl in einem Prospekt erzählt wurde, es seien bereits Tausende von Markt an Darlehen gezahlt worden und viele Dankschreiben lägen hierüber vor, so war doch bei Herausgabe dieses Prospekts in Wirklichkeit noch nicht ein einziges Darlehen gewährt. Nun endete der Schwindel mit der Verurteilung der Hauptmacher namens Schuster, Thate, Zimmer und Sünkel zu längeren Gefängnisstrafen, während viele unschuldige Mitglieder des Vereins nicht nur um ihre Spinnungen und Beiträge betrogen sind, sondern auch in vielen Fällen noch bedeutende Prozentsätze zu zahlen haben.

Reichsdruckerei und Buchhändler. Der Böhmerverein der Deutschen Buchhändler wandte sich in einer Eingabe an das Reichsgericht des Innern gegen die Ausschaltung der Privatindustrie bei Drucklegung amtlicher Veröffentlichungen. Anlaß dazu gab dem Böhmerverein die Tatsache, daß im laufenden Jahre die Reichs- und Staatsbehörden erneut auf einen vorjährigen Erlaß, wonach die Reichsdruckerei die Herstellung der bisher in Privatbetrieben angefertigten amtlichen Drucksachen möglichst an sich ziehen soll, hingewiesen werden und nunmehr auch solche amtliche Veröffentlichungen für den Druck in der Reichsdruckerei in Frage kommen, die bisher durch den Buchhandel vertrieben wurden. Besonders gegen letztere Veränderung wendet sich die Eingabe mit der Bitte, von der Übertragung des Drucks solcher Werke an die Reichsdruckerei, als den Verlags- und Sortimentbuchhandel gleichmäßig schädigen, absehen zu wollen.

Ein unterirdischer Druckereibetrieb ist nach einem Verichte der Fachschrift „Presse-Buch-Papier“ jetzt zur Tatsache geworden, und zwar in Boston. Dort war eine Erweiterung der „Boston-Post“ in einem stattlichen Gebäude in der Hauptstraße der Stadt nach keiner Seite mehr möglich; weshalb, um neuen Platz für die Druckmaschinen zu gewinnen, nicht weniger als 22 Meter unter das Straßenniveau hinabgebaut wurde. Die Erschütterung des Gebäudes durch die acht auf diese Weise hinzugekommenen Rotationsmaschinen wird dadurch vermindert, daß sie auf Betonfußböden montiert sind, die ihrerseits in eisernen Konstruktionen hängen. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich vor allem bei der Ventilation und Heizung dieser Maschinenräume, welche unter sich noch durch schwere Fundamentmauern getrennt sind und jeder natürlichen Luftzuführung ermangeln. Ein mächtiger Ventilator, mit einer Leistungsfähigkeit von 600 Kubikmetern in der Minute, erwidrigt unter diesen Bedingungen die Arbeit. In der kälteren Jahreszeit hat die Luft, welche durch ein Ventilationsrohr am Dache des Hauses angefaßt wird, zunächst eine Dampfheizungsanlage zu passieren, ehe sie an die einzelnen Räume verteilt wird.

Das Kündigungs schreiben in der Bohntüte ist nach einer neuerdings ergangenen gerichtlichen Entscheidung nur dann von rechtsgültiger Wirkung, wenn auf der Vorderseite der Bohntüte eine Bemerkung mit den Worten „Entfällt Kündigung!“ oder „Entfällt Brief!“ steht. Nur dadurch könne etwaigen Einwendungen gegen nicht rechtzeitige oder rechtmäßige Einstellung der Kündigung vorgebeugt werden. Auf Grund dieser gerichtlichen Entscheidung wurde ein Unternehmer in Stettin vom Kaufmannsgerichte zur Zahlung eines Monatsgebühls verurteilt, weil er nicht glaubhaft nachweisen konnte, daß er eine beabsichtigte Kündigung dem Betreffenden rechtzeitig zugestellt habe.

Kein Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge aus den Pensionskassen. Einige aus dem Kruppischen Werk entlassene Arbeiter klagten auf Herauszahlung der während des Arbeitsverhältnisses an die Pensionskasse des Werkes geleisteten Beiträge. Die Klage stützte sich in der Hauptsache darauf, daß der Versicherungsvertrag gegen die guten Sitten verstoße, weshalb wegen ungerechtfertigter Bereicherung die Rückzahlung der Beiträge bei Lösung des Arbeitsverhältnisses verlangt werden könne, weil mit dem Ausschließen der Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis auch alle ihre Ansprüche an die Pensionskasse erlöschen und weil eine Rückzahlung der geleisteten Beiträge nicht stattfinden. Das Landgericht Essen und das Oberlandesgericht Hamm

hatten dahin entschieden, daß der Verlust der gezahlten Beiträge an sich nicht dem Begriffe der guten Sitten widerspreche. Die Kläger legten gegen diese Urteile Revision beim Reichsgericht ein. Auch dies entschied zugunsten der Pensionskasse und wies die Revision der klägerischen Arbeiter ab.

Gewerkschaftliche Zentralisation. Durch Urabstimmung haben sich 63 Proz. der Mitglieder des Stuktureverbandes bei einer Beteiligung von 81 Prozent der Stimmberechtigten für den Anschluß an den Bauarbeiterverband entschieden. Abstimmungsmodus und -resultat entsprechen der für diesen Fall vom zuständigen Verbandstage festgestellten Norm. Der Anschluß ist demzufolge perfekt geworden.

Zur Tabakarbeiteraussperrung in Westfalen. Die Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter in westfälisch-lippischen Industriegebiete dauert unverändert fort. Insgesamt sind über 8200 Arbeiter, die dem Tabakarbeiterverband, dem Verbands der Zigarettenfabrikanten und Rüstfabrikanten Deutschlands, dem Holzarbeiterverband und dem christlichen Tabakarbeiterverband angehören, ausgesperrt. Viele mitarbeitende, nichtorganisierte Frauen der Ausgesperrten und ein Teil nichtorganisierter Zigarettenarbeiter schlossen sich den Ausgesperrten an, so daß die Zahl der sich an der Aussperrung Beteiligten zurzeit 9000 beträgt. Mit dem Schluß dieser Woche werden noch mehr als 500 Arbeiter, die ihr Arbeitsverhältnis selbst kündigten, um Solidarität zu üben, oder gekündigt wurden, weil sie sich den Organisationen angeschlossen, die Arbeit niederlegen. Die von der eingesetzten Neuwerk-Kommission eingeleiteten Verhandlungen sind unterbrochen, da der Vorstand des westfälischen Zigarettenfabrikantenverbandes es ablehnt, weiter zu verhandeln, solange diejenigen Ausgesperrten, die angeblich die Arbeit einstellen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Leitung der Ausgesperrten hat sich bereit erklärt, im Sinne dieses Verlangens zu wirken unter der selbstverständlichen Bedingung, daß der Vorstand des westfälischen Zigarettenfabrikantenverbandes die Verpflichtung übernimmt, auch seinerseits dahin zu wirken, daß diejenigen Firmen, die einen Teil ihrer Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist auf die Straße setzten, diese Entlassungen zurücknehmen und die Gewäge bieten, daß keine Verluste bei Wiedereinstellung der Arbeiter vorgenommen wird. Die Ausgesperrten sehen mit Ruhe und Entschlossenheit allen Maßnahmen der Zigarettenfabrikanten entgegen. Die in den vielen übrigen, dem Unternehmerverbände nicht angehörenden Zigarettenfabriken beschäftigten organisierten Tabakarbeiter arbeiten weiter. In Hamburg beschloß eine vom Tabakarbeiterverband einberufene Versammlung, in Hamburg, Altona und Bremen, von nächster Woche ab die Arbeit ruhen zu lassen, wenn nicht der Kampf in Westfalen und Lippe eine befriedigende Beilegung erfahren hat.

Die rechtsgesetzliche Arbeitslosenversicherung ist bekanntlich eine Frage; die schon seit längerer Zeit allseitig erörtert wird. Aber die wichtigsten Gesichtspunkte für und gegen dieses Projekt aus den verschiedensten Lagern haben wir unsre Leser stets auf dem laufenden erhalten. Neuerdings hat nun zu dem gleichen Problem der Vorstand des Deutschen Städtetags an den Bundesstag eine Eingabe gerichtet, worin Vorschläge gemacht werden, die, wenn sie beachtet würden, die Frage ihrer Lösung einen beachtenswerten Schritt näher bringen könnte. Es wird die Einführung eines Versicherungszwanges für einzelne Berufe und Arbeitergruppen in Vorschlag gebracht. Die Begründung dafür ist folgende: „In der Sitzung des Reichstags vom 14. November 1908 hat der damalige Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern v. Bethmann Hollweg die Erklärung abgegeben, daß die Frage einer allgemeinen obligatorischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit noch nicht reif sei, und keine der parlamentarischen Parteien hat ihm hierin widersprochen. — Wir teilen diese Auffassung, sind aber gleichwohl der Überzeugung, daß die Frage der Einführung eines Versicherungszwanges in bezug auf Arbeitslosigkeit für einzelne Berufe und Arbeitergruppen schon jetzt reif ist und daß eine Stellungnahme des hohen Bundesrats zu dieser der Zuständigkeit des Reichs unterliegenden Frage unerlässlich geworden ist, zumal mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die Frage dieser Versicherung in nächster Zeit in weitem Umfang wieder aufgerollt werden wird. Die winterrliche Arbeitslosigkeit fängt an, in vielen Gebieten des Reichs zu einer schweren Katastrophe zu werden, und die Einführung eines Versicherungszwanges in bezug auf die hierdurch besonders betroffenen Arbeiter sollte deshalb unsern Erachtens in erster Linie in Betracht gezogen werden. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist gewiß kein Allheilmittel, und alle bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, daß diese Versicherung bei großen Krisen einzelner Gewerbe versagen wird. Auch mag in mehr oder minder zahlreichen Gewerben ein Bedürfnis hierfür nicht vorhanden sein. Wir sind der Überzeugung, daß gerade die gewichtigsten der gegen eine allgemeine obligatorische Versicherung angeführten Bedenken ihre Bedeutung verlieren, wenn diese Versicherung sich zunächst auf den dringlichsten Fall, die winterrliche Arbeitslosigkeit, und die von dieser hauptsächlich betroffenen Kreise beschränkt.“ Ein solcher teilweiser Versuch staatlicher Arbeitslosenversicherung wäre jedenfalls besser als gar keiner. Und wenn dabei die Beitragspflicht vorerst in drei gleiche Teile auf Versicherte, Unternehmer und Staat umgelegt würde, so läme dadurch jedenfalls etwas ganz Brauchbares heraus. Soweit dabei Arbeitslose zu unterstützen wären, die schon als Gewerkschaftsmitglieder sich für

Zeiten der Arbeitslosigkeit versichert haben, könnte die geschäftliche Ausführung der rechtsgesetzlichen Aufgabe ganz gut durch entsprechende Überweisungen an die Gewerkschaften vereinfacht und erleichtert werden, so daß für amtliche Behörden nur die Erhebung der diesbezüglichen Formalitäten mit den Unorganisierten vorbehalten bliebe.

Streikbrecherqualifikation. Die Strafkammer in M. Gladbach verurteilte einen Streikbrecher in Rheyl, der ohne jeden Grund über einen ganz unbeteiligten Arbeiter von hinten mit dem Messer heftig und sehr schwer verwundet, zu einhalb Jahren Gefängnis. Als Entscheidung gab der „Arbeitswille“ an, er sei von Wirtschaftsgästen Streikbrecher genannt worden. — Bei einem Streik in einer Schmotzfabrik in Grünstadt ließ sich die Fabrikleitung einen Transport bedürftiger Streikbrecher unter Führung eines gewissen Molinari aus Bratwebe kommen. Einem Abend kam Molinari zur Fabrik zurück. Ein Streikposten ging in der Dunkelheit etwas näher heran, um zu sehen, wer dort vor der Fabrik sich aufhalte. Im selben Augenblicke bekam der Streikposten von Molinari einen Schlag über die Schulter. Einige andre Streikposten kamen in diesem Augenblicke heran. Da wurde das Tor der Fabrik aufgerissen und die ganze Streikbrechergarde stand schlagbereit da. Unter diesen Umständen verjagten die Streikposten zu entfliehen, wurden aber von hinten niedergeschlagen und furchtbar zugerichtet. Es hat den Anschein, als ob hier eine gewisse Verabredung vorlag, denn im gleichen Moment als Molinari den ersten Schlag führte, wurde das Tor aufgerissen und die ganze Streikbrechergesellschaft war anwesend. Anzeige ist erstattet. Öffentlich wird die Staatsanwaltschaft gegen die Verbrecher vorgehen.

Gewerkschaftsnachrichten. Im Kampf in der Dresdner Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsindustrie stehen die Fabrikbesitzer auf einem ganz extremen Herrschaftspunkte. Sie glauben sogar, mit den Organisationsvertretern wie mit Untergebenen umspringen zu dürfen. Von den Arbeitervertretern eingeleitete Verhandlungen haben sich deshalb gescheitert. Es muß den feindlichen Fabrikherren durch die Ausdauer der Streikenden leider erst gründlich bewiesen werden, daß die Zeiten einseitigster Pächterwirtschaft nicht nur anderswo, sondern auch in den Dresdner Zuckerverarbeitungsindustrien nicht mehr in unsre Zeit passen. — Zum Streik der Berliner Eisenformer und Gießereiarbeiter ist zu bemerken, daß die Unternehmer versuchen, ihre Modelle außerhalb Berlins unterzubringen, worauf sich seitens aller in Betracht kommenden Branchen besondere Aufmerksamkeit richten sollte.

Briefkasten.

G. St. in A.: Empfinden Sie das Buch von Dr. Beyer (durch die Zentralkommission der Münchener Lehrer-Bezirksvereine) „U. W. in der Welt“ als ein Werk, das sich um einen Wortschatz, der durch die ganze christliche Presse geht, um den Worte Gutenbergs und wohl zu machen. Ein vergebliches Bemühen. — H. K. in Halberstadt: Davon können wir vorläufig keine Notiz nehmen. — G. B. in Kiel: 3,35 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 L. Fernsprechamt VI, 11 101.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten nach dem Uslande sind unbedingt Eckbedingungen einzuschließen, da die betreffenden gegenseitigen Verbände solche Mitglieder sofort ausschließen bzw. auf die Dauer von sechs Monaten und mehr außer Bezug sämtlicher Mitgliedsrechte setzen, welche ohne vorherige Anfrage eine Kondition angenommen haben. Die Adressen dieser gegenseitigen Verbände sind für:

- Belgien: A. van Haesendonck, Molenbeek-Bruxelles, 40, rue van Meyel.
- Bosnien und Herzegowina: Iwan Peserle, Sarajevo, Landesdruckerei.
- Bulgarien: T. Beraha, Sofia, Maroden Dom.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybrogade 12.
- Finnland: O. A. Nyman, Helsingfors, Fabriksgatan 8.
- Frankreich: A. Keufer, Paris, Rue St. Antoine, 62.
- Italien: G. Chiesa, Milano, Via Manfredo Fanti, 19.
- Kroatien: Ludw. Wieser, Agram, Primorska ulica 2.
- Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstraße 7.
- Norwegen: Gunnar Ousland, Kristiania, Youngsgaden 13 IV.
- Österreich: F. Reilmüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25.
- Riga: „Neuer Baltischer Bucharbeiter“, Riga, Postfach 616.
- Rumänien: D. Marinescu, Bukarest, Boulevard Carol I (Bursa Muncii).
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jacobsplats 22a.
- Schweiz (deutsche): J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 20.
- Schweiz (französische): Corbaz, Lausanne, Place du Nord 2.
- Serbien: Todor Nestorovitch, Belgrad, Zeleni Venac 7.
- Ungarn: Redaktion der „Typographia“, Budapest VIII, Bérkocsi-utca 1.
- Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Hagen. Der Seher Hermann Winler aus Bunzlau (Hauptbuchnummer 68692) wird hiermit ersucht, umgehend seine Adresse an Louis Lorenz, Feinbischstraße 30, einzufahren. Die Herren Funktionäre werden gebeten, W. hierauf aufmerksam zu machen.

Abressenveränderungen.

Leier. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Fritz Antwecker, Theobaldstraße 10.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dresden die Seher 1. Otto Schommler, geb. in Nassau i. Erzgeb. 1893, ausgl. in Frauenstein 1911; 2. August-Fischer, geb. in Rothschloß (Kr. Nimptsch) 1889, ausgl. in Münsberg i. Schlef. 1903; 3. Emil Janner, geb. in Rütbus auf Rügen 1891, ausgl. in Straßburg 1908; 4. Franz Fuchs, geb. in Schwara bei Böhm.-Leipa 1893, ausgl. in Dresden 1911; waren noch nicht Mitglieder; 5. der Schweizerdegen Walter Wenschlag, geb. in Wauken 1886, ausgl. in Dresden 1905; 6. der Druder Alfred Heun, geb. in Dresden 1883, ausgl. da. 1902; waren schon Mitglieder. — In Ramez der Seher Gustav Bruno Petzsch, geb. in Elstra 1889, ausgl. in Ramez 1908; war noch nicht Mitglied. — In Reiznig der Seher Emil Ranger, geb. in Kalbe a. S. 1893, ausgl. da. 1911; war noch nicht Mitglied. — In Neusalza der Seher Max Michel, geb. in Berthelsdorf b. Herrnhut 1893, ausgl. in Neusalza 1911; war noch nicht Mitglied. — In Niederlöbnitz b. Dresden der Schweizerdegen Karl Engelhardt, geb. in Weichlingen i. Thür. 1892, ausgl. in Wab. Liebenstein 1910; war noch nicht Mitglied. — In Nossen der Schweizerdegen Georg Weigel, geb. in Großenhain 1893, ausgl. da. 1911; war noch nicht Mitglied. — In Rößwein

der Seher Walthar Reiche, geb. in Rößwein 1890, ausgl. da. 1909; war noch nicht Mitglied. — Hermann Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7 I.

In Freiburg i. Schl. der Seher Ignaz Honisch, geb. in Hohenbirken (Kr. Ratibor) 1883, ausgl. in Ratibor 1901; war schon Mitglied. — Fritz Köchel in Waldenburg, Gartenstraße 1.

In Hagen i. W. der Seher August Höhmann, geb. in Siedburg 1891, ausgl. in Gabelsberg 1911; war noch nicht Mitglied. — Louis Lorenz Feinbischstraße 30.

In Rryz der Seher Friedrich Müller, geb. in Ramez i. Sa. 1888, ausgl. da. 1908; war schon Mitglied. — W. Reinhardt in Neuruppin, Bietenstraße 9 a.

In Otterndorf der Seher Selmar Koch, geb. in Nordhausen 1889, ausgl. da. 1905; war schon Mitglied. — In Dorf der Seher Peter Jacobs, geb. in Wersal 1888, ausgl. in Ebdelaf i. S. 1908; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Hartmann in Oestermünde, Mittelstraße 1 III.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Noch nicht erledigt ist die im „Korr.“ Nr. 118 vom 14. Oktober 1911 veröffentlichte Notiz, betreffend die Einbindung des Quittungsbuchs des Sehers Peter van Nhee (Hauptbuchnummer 40814), und die in Nr. 119 vom 17. Oktober veröffentlichte Notiz, den Seher Bruno Müller (Hauptbuchnummer 62193) betreffend. Letzterer ist ein Schwinder, der mit einem gefälschten Quittungsbuche reist.

Rdn. Für den Seher Joh. Fred. Björck liegt ein Brief aus Schweden beim Verwalter Fritz Möller, Gereonshof 28.

Rnfang. Der Druder Kurt Mehlgarten, geboren am 21. März 1892 in Leipzig-Neudöbnitz, angeblich in Berlin in Kondition, wird aufgefordert, seinen erhaltenen

Reisevorschuß umgehend an R. Niester, Turnierstraße 7 III, einzufahren. Die verehrlichen Funktionäre werden ersucht, W. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Berufsammlungskalender.

Dresden. Korrektorenversammlung Sonntag, den 5. November, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Gensefelder“, Rautschstraße 16 p.

Gotha. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr.

Hamburg. Korrektorenversammlung Sonntag, den 5. November, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokale, Kaiser-Wilhelm-Straße 77.

Leipzig. Schl. Berufsammlung Sonntag, den 5. November, nachmittags 10 Uhr, im Gasthause „Zum goldenen Schwert“, Markt.

Merseburg. Berufsammlung Sonnabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Guten Quelle“, Gaalfstraße.

Neustadt. Berufsammlung Sonnabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Maas, Mühlentstraße.

Sangerhausen. Berufsammlung Sonnabend, den 4. November, im „Kerkerberg“.

Schöneberg. Berufsammlung Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Rindenpark“, Hauptstraße 13.

Ulm-Münchm. Berufsammlung Samstag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Bayrischer Hof“, Neumühl, Marienstraße.

Zittau. Bezirksversammlung Sonntag, den 5. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.

Kreis XI (Brandenburg-Pommern).

Alle tariflichen Angelegenheiten sind direkt an die Adresse des Unterzeichneten zu senden, Organisationsangelegenheiten dagegen an die betreffenden Organisationsleiter. Nur bei Beachtung dieses Hinweises ist es möglich, tarifliche Anfragen usw. in der jede Woche stattfindenden Sitzung der Kreisvertreter zu behandeln und zu erledigen. **Jos. Krüchner, Gehilfenvertreter, Stettin, Wälderberg 19.**

Kranke und Schwache

trinken sich gesund durch eisenreiches Wasser aus dem Lamfcheider Stahlbrunnen, denn dieser altbewährte Heilquell bringt Eisen ins Blut.

Tausende wurden gesund.

„Ich bin 1 1/2 Jahr sehr krank gewesen. Die viele Arznei, die ich eingenommen habe, ist stets ohne Erfolg geblieben. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell kam meine Gesundheit wieder.“ — „Ich bin entzückt über den raschen ausgezeichneten Erfolg, den ich erzielt; habe ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erlangt, alle lästigen Magenbeschwerden sind verschwunden, und die alle Lastrast lähmende Schwäche nimmt immer mehr ab.“ — „Der Lamfcheider Stahlbrunnen hat mir meine Kraft und meinen Mut wiedergegeben.“

Vorzüge aus ärztlichen Gutachten: Ein ganz vorzügliches Eisenmanganmedikament ist das Lamfcheider Wasser, die Lösungsverhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Blutes überein, das Wasser ist wohlschmeckend und gut bekömmlich. — Das Lamfcheider Stahlwasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht bekömmlich und gut verdaulich. Die Patienten, die es genommen haben, haben sich stets wohlgeföhlt, haben es gern getrunken und haben an körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen. — Günstige Kurverfolge bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, nach erschöpfenden Krankheiten, Operationen, Blutverlusten usw. — Trinkkuren im Hause ohne Berufsstörung. — Weitere Auskunft über Gebrauch der Kur, ärztliche Gutachten usw. kostenlos durch Lamfcheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 99.

Tüchtiger Werkmieteur

bei guten Leistungen in dauernde Stellung gesucht. Nur schriftliche Angebote mit Lohnansprüchen erbittet die Buchdruckerei **Richard Gahn (G. Otto), Leipzig, Querstraße 13.**

Alte, vorzüglich eingeführte Buchdruckerei mit antiken Wasserwerk in bester Kleinstadt nahe Berlin, sehr rentabel, vollständig konkurrenzlos, sucht zur Erweiterung des Betriebes **tüchtigen Schweizerdegen** oder **Stempelsetzer**, der 3-15000 Mt. einbringen kann. Bezugsfähige Sicherheiten. Günstige Bedingungen. Sehr angenehme Position. Eintritt nach Vereinbarung. Offerten unter J. P. 14161 befördert **Rudolf Hoffe, Berlin SW.** [47]

Zeitungs-korrektor.

Wir suchen einen tüchtigen Zeitungskorrektor, der fortwährend in der Zeitung „Einigkeit“ beschäftigt sein soll. Günstige Bedingungen. Offerten unter J. P. 14161 befördert **Rudolf Hoffe, Berlin SW.** [47]

Erfahrener Maschinenmeister

der mit Königs Wogenanleger vertraut und an festes und laudendes Verdiensten gewöhnt ist, zu sofort für dauernde Stellung. Angebote mit Gehaltsansprüchen an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 31. Lohnanspruch und Zeugnisabschriften erwünscht. [73]

Magdeburg-Salze.

Provinzialmaschinenmeisterverein. Sitz Neumünster.

Sonntag, den 5. November, vormittags 10 1/2 Uhr, in Neumünster, „Garms Gasthof“ Friedrichstraße 26:

Konstituierende Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bureauwahl; 2. Statutberatung; 3. Vorstandswahl; 4. Technisches; 5. Genußloos.

Die Vorstände der Maschinenmeistervereine Hamburg-Altona, Flensburg und Kiel.

Stelle befehlt! Bewerbern besten Dank. **A. C. Godendahl Hoff, Bremen.** [67]

Die Visitenkarte.

Der Satz der Visitenkarten ist nicht so leicht, wie man das gewöhnlich annimmt. Was hierbei zu denken ist, erzählt man aus dem billigen Heft. Preis 75 Pf. **Julius Mäser in Leipzig-R.**

Gutenbergbüsten

in Alabaster- oder Elfenbeinmasse zu Mk. —,90, 2,25, 6, 7,50, 18, 22,60 und 38 je nach Größe empfiehlt **K. Siegl, München SO 7.** Katalog gratis. [61]

Charaktervolle, und gewandte Handschrift

wird durch das rühmlich bekannte Verfahren „Express“ aus F. Rumpkeils Lehrmittelverlage, Grodberkel 5 (Hannover), erlangt. Preis nur 90 Pf. [826]

Deutsche Buchdrucker-Stenographenvereinigung

Stolz-Schrey. Stenographisches Fernunterricht erteilt Joh. Helmen, Trabren-Trarbach (Mosel), Lehrmittel 1,50 Mk., außerdem Vergütung der Portoauslagen. [837]

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- und Photochemische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. **Karnen Gewerbeschule**

Ortsverein Schöneberg.

Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Rindenpark“, Hauptstraße 13: **Wochenversammlung.** Gäste willkommen. [69]

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein

Sitz Berlin. Sonntag, den 5. November, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelfufer 15: **Monatsversammlung.** Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. N. wahlen; 3. Das Berechnen an der Setzmaschine (Referent: Kollege Höhne); 4. Nouaufnahmen, & Verschiedenes. [74] Allseitigem pünktlichen Erscheinen sieht entgegen. Der Vorstand.

Deutsches Buchdrucker-Liederbuch

II. Auflage: 264 Seiten: Mitarbeiter in dem ganzen Reiche Alle Seiten des kolleg. Lebens vielseitigst behandelt: **Abdruck nur mit Verfasser- u. Quellenangabe Herausgeber Willi Krahl: Verlag Radelli & Hille**

Gegen monatl. Teilzahlungen

erhalten Verbandskollegen **Brodhans** u. **Wieners** Kl. Konversationslexikon u. andre größere Werke durch **A. Siegl, München SO 7, Holzer 7, 1895**

„Im Ausgabe des Rosenkranz des Sehers Herr **Rudolf Görk** Preyell, wird wegen Erstellung gebeten.“ **Geogr. Verlag, Neuwied.** [64]

Liedertafel Gutenberg

von 1877. **Hamburg-Altona.**

Sonntag, den 12. November, nachmittags pünktlich 5 Uhr, im Vereinslokale, Kleine Rosenstraße 16: **Generalversammlung.**

Tagesordnung: 1. Jahresbericht; 2. Halbjährliche Rechnungslegung; 3. Halbschichtliche Neuwahl des Vorstandes; 4. Besuch der „Typographia“, Berlin, in Hamburg Pfingsten 1912, und Sommerausfahrt 1912; 5. Beschlusfassung über die im Winterhalbjahre 1912/13 abzuhaltenden „Vergnügungen“; 6. Anschluß an den Deutschen Arbeiter-Sängerbund; 7. Verschiedenes.

Abends 9 Uhr: **Kellerabend mit Damen.** Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. [62]

Dresden Buchdruck-Maschm.-Vereim. Dresden

Sonntag, den 5. November, vormittags 11 Uhr: **Monatsversammlung** im Vereinslokale. [68]

In dieser Versammlung gelangt Heft 2 unserer „Technischen Mitteilungen“ zur Ausgabe. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Am 27. Oktober verstarb im Krankenhaus in Scharley nach kurzer Krankheit unser Bezirkskollege **Oskar Antes** aus Bogutschütz, im Alter von 22 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirk Kattowitz. [66]

Am 26. Oktober verstarb nach langer Krankheit der Senior der hiesigen Mitglodschaft, der Schriftsetzer **Christian Schmidt** im Alter von nahezu 75 Jahren. [71] Ehre seinem Andenken! Mitglodschaft Holtbronn.